Polizeipräsident bringt soviel „soziales Verstehen" wie der Brüning-Justizminister jedenfalls nicht auf. Aber etwas anderes, das sozialdemokratische Arbeiter interessieren sollte. Der Vorwärts bringt von Zeit zu Zeit vollständige Strafregisterauszüge über ihm verhaßte Personen. Woher hat der Vorwärts die Auskunft? Wir hoffen, daß uns Herr Grzesinski die Frage beantworten wird.

Wie der „Vorwärts" den Preisabbau auffaßt

Der Vorwärts hat seine Morgenausgabe um vier, manchmal sogar um noch mehr Seiten gekürzt und die Abendausgabe um zwei Seiten. Diese Woche hat er seinen Abonnenten einen Fragebogen beigelegt, wer auf den wöchentlich als Beilage beigegebenen „Kinderfreund" verzichten wo... Natürlich verzichten wohl fast alle auf dies Verblödungsprodukt. So spart der Verlag wöchentlich viele Tausende von Mark an Papier-, Satz-, Druck-, Redaktions-, Mitarbeit-, Transport- usw.-Kosten. Und der Abonnentenkreis ist derselbe geblieben! So faßt die Sozialdemokratie den Preisabbau auf. Die Parolen sind Bluff, Beruhigungspillen, um den Lohnabbau bzw. den Verrat der Gewerkschaften zu übertönen.

Was in der Republik alles möglich ist

Ein Prozeß um den Berliner Grunewaldsee.

Ein Gewisser von Gerlach, Rittergutsbesitzer in Parsow, Hinterpommern, hat vor dem Amtsgericht Köslin einen Prozeß angestrengt, der dieser Tage auch wirklich begann, und der um nichts anderes geht als um das Besitzrecht am Grunewaldsee auf Berliner Stadtgebiet! Das „Recht", auf das sich der Junker stützt, ist ein Erbpachtvertrag eines seiner angeblichen Verwandten, nämlich des sog. Geheimen Kabinettsrats und Staatsminister von Beyme aus dem Jahre 1808! Beyme war Majoratsherr des Rittergutes Steglitz und erhielt von Friedrich Wilhelm III. den See in Erbpacht. Als Beyme 1838 starb, nahm genannter Friedrich Wilhelm den Erbpachtvertrag zurück, es wurde aber versehentlich unterlassen, einen entsprechenden Vermerk in den Grundstücksaktien zu machen. Soweit ist das aktenkundig.

Die Junker — es ist eine ganze Rotte. Gerlach ist nur der Gerichtskostenersparnis wegen vorgeschoben — stützen sich nun nach althergebrachter junkerlicher Moral auf die fehlende Formalität. Es ist dies so, als wenn jemand einem Schuldner einen geliehenen Geldbetrag zurückzahlt, sich aber keine Quittung geben läßt. Bei Lebenden entscheidet dann der Eid oder der Meineid. Nach den Rechtsgrundsätzen republikanischer Justiz hoffen die Junker nun auf den See.

Die Sache ist nicht weltbewegend. Unsere Herren von Ar' und Halm liefern ja noch ganz andere Stückchen, und auch die Gerichte der Republik. — Eine Vorverhandlung vor dem Charlottenburger Amtsgericht hat nämlich schon stattgefunden. — Die Sache ist aber kennzeichnend für die demokratische Republik und ihre sogenannte Rechtsauffassung. Man setzt einen großen Apparat in Bewegung, kramt Akten heraus aus der Zeit der vorkonstitutionellen Monarchie, aus der Zeit, als dem absoluten König eben alles eigentümlich gehörte, alles tote und lebende Inventar seines Herrscherbereichs, einschließlich der Menschen. Daß sich da, und zwar schon seit 1848 einiges geändert hat, das kümmert weder Junker noch Gericht.

Die Sozialdemokratie hatte es 1918 sehr eilig mit der Ausrufung der Republik (als ihr geliebter Wilhelm ausgerückt war und sich durchaus nicht zum Zurückkommen bewegen ließ) und mit der Ausarbeitung der Verfassung, die den Kapitalisten das Eigentum am Grund und Boden und an den Produktionsmitteln garantiert. Und dann hatte sie alle Stände voll mit der Errichtung von Standgerichten, mit der Ausrüstung weißer Garden und der Bewaffnung der monarchistischen Offizierskamarilla, um die Proletarier niederzuschlagen, die naiv genug waren, den Novemberkrawall für eine Revolution zu halten. Es war wirklich keine Minute Zeit da, einen einzigen Paragraphen zu schreiben, der all den alten Plunder für null und nichtig erklärte. Heute sitzt die Gesellschaft in ihren Ledersesseln und jammert betrübt wie jener Lohgerber, dem die Felle weggeschwommen waren. — Das Proletariat kann daran lernen, was es das nächste Mal zu tun hat, nicht mit Paragraphen.

Ein Brecher der Zinsknechtschaft

Es wäre im Grunde genommen gleichgültig, welche und wie viele Millionen die Repräsentanten der deutschen Bourgeoisie aus den Knochen der Arbeiterklasse herauspressen. Auch könnte es das revolutionäre Proletariat völlig kalt lassen, ob die Nutznießer der kapitalistischen Ausbeutung und Verdummung mit den Emblemen des Hakenkreuzes oder mit den Phrasen der „völkerbefreienden" Sozialdemokratie geschmückt, ihrem Handwerk nachgehen würden; wenn die Arbeiterklasse den Manövern der parlamentarischen Possenreißer gewappnet gegenüberstände und für deren „Sozialismus" keinerlei Bedarf bezeigen würde. Weil aber das Gros des deutschen Proletariats m seiner zutiefstbösen, aber beschämend einfältigen Art sich noch von jedem parlamentarischen Wegelagerer und Maulaufreißer „vertreten" läßt, und wildes Augenrollen der Hitler und Konsorten für bare Münze nimmt, deshalb registrieren wir unseren Lesern die vielen eintrüglichen Aemter und Aufsichtsratsposten von Hitlers Gastreiber und Gönner der Hakenkreuzzartei. Herr v. Stauß, so heißt der Mann, ist nach der Zeitschrift „Der deutsche Bankangestellte" Mitglied des Aufsichtsrats folgender Industriegesellschaften und Banken:

Bayerischer Lloyd Schiffahrts-A.-G., Regensburg;
Bayerische Motoren-Werke A.-G., München;
Bergmann-Elektricitäts-Werke A.-G., Berlin;
Daimler-Benz A.-G., Berlin-Stuttgart;
Deutsche Luft-Hansa A.-G., Berlin;
Deutscher Aero-Lloyd A.-G., Berlin;
Körtingwerke A.-G., Berlin;
Tempelhofer Feld A.-G., für Grundstücksverwertung, Bln.-Tempelh.;
stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Continental Gas-Gesellschaft, Dessau;
Interessengemeinschaft Ostwerke-Schaltheil-Patzenhofer G. m. b. H., Berlin;
Rhein-Main-Donau A.-G., München;
Siemens-Planiawerke Akt.-Ges. für Kohlefabrikate, Berlin;
Universum-Film Aktiengesellschaft, Berlin;
Mitglied des Aufsichtsrats der
Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G., Stuttgart;
Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-A.-G., Berlin;
Baumwollspinnerei am Stadtbach, Augsburg;
Bayerischen Braunkohlen-Industrie A.-G., Schwandorf;
Berlinischen Boden-Gesellschaft, Berlin;
Deutschen Petroleum A.-G., Berlin;
Bayerischen Stickstoff-Werke A.-G., Berlin-München;
Deutschen Asbest-Zement Aktiengesellschaft, Berlin;
Fernschreiber Aktiengesellschaft, Berlin;
Gesellschaft Urania, Berlin;
Gebrüder Junghans A.-G., Schramberg;
Carl Lindström A.-G., Berlin;
Maschinenfabrik Eßlingen, Eßlingen;
Mechanischen Baumwollspinnerei u. Weberei Augsburg, Augsbg.;
Mitropa Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen A.-G., Berlin;
Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart;

Sozialdemokratische Theoretiker erklären

„in der Krise ist Lohnsenkung notwendig"

Wer einen Blick in die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse wirft, wird finden, daß die Gewerkschaftsbürokraten ein Gejammer ausstoßen über die Lohnabbauoffensive des Kapitals, und die Zahl derer unter den proletarischen Massen, die da glauben, daß die Gewerkschaftsbürokratie ernsthaft gegen einen Lohnabbau ist, ist bestimmt nicht gering. Für das klassenbewußte Proletariat ist es längst klar, daß das Geschrei der Gewerkschaften gegen den Lohnabbau nur leeres Geschwätz ist — die Phrase, um die Arbeiter im gewerkschaftlichen Käfig zu halten. Denn die wirkliche Praxis der Gewerkschaften ist die, daß sie offen für den Abbau der Löhne sind. Diese unsere längst eigene Auffassung wird jetzt abermals erhärtet durch das offene Bekenntnis von sozialdemokratischen Theoretikern, und dem letzten Arbeiter, der noch einen Funken Denkvermögen besitzt, wird das wirkliche Gesicht der Gewerkschaften offenbart.

Die bekannte Zeitschrift „Soziale Praxis", die von dem Professor Ludwig Heyde herausgegeben wird, bringt im Heft Nr. 45, Seite 1047, einen Bericht über die diesjährige Versammlung des „Vereins für Sozialpolitik", die am 24. September getagt hat. In dieser Versammlung hat der sozialdemokratische Professor Eduard Heimann einen Vortrag über die „theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik" gehalten. Laut Bericht der „Sozialen Praxis" hat Heimann in diesem Vortrag folgendes ausgeführt: **„Zur Lohnfrage bemerkte Heimann in diesem Zusammenhang, wenn der Staat den Lohn über dem Stande festsetzte, der der Marktlage entspreche, so veranlasse er einen Rückzug der Beschäftigungsmöglichkeit. Auf dem Tiefpunkt der Krise könne eine Lohnsenkung zu einer überproportionalen Erhöhung des Beschäftigungsgrades führen. Eine offizielle Umfrage bei den Unternehmerorganisationen, ob sie daraufhin (nach der Lohnsenkung) geneigend Arbeiter neu einstellen würden, wäre in einem solchen Falle dienlich und möglich."**

Für jeden verständlich heißt das: der sozialdemokratische Theoretiker stellt sich auf den Standpunkt der Unternehmer, wenn er erklärt: Lohnsenkung führt zur „Erhöhung des Beschäftigungsgrades", zur „Einreihung der Arbeitslosen in die Produktion".

Eine andere Marke von SPD.-Theoretiker, die „soziales Verständnis" für die Nöte der deutschen Wirtschaft haben, ist der bekannte Cohen-Reuß, Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Derselbe war von den Bezirksverbänden Rheinland-Westfalen des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung geladen worden, auf ihrer Tagung am 20. November d. J. über wirtschaftliche Fragen zu sprechen. Die „Kölnische Zeitung" vom 21. November gibt darüber einen Bericht. Nach ihr führte Cohen-Reuß folgendes bemerkenswertes aus:

„Die Ueberspannung der öffentlichen Lasten, die Aufbauschung der Verwaltung und die zu hohen Löhne sind einige der Ursachen der Verhältnisse in Deutschland. Was in einem Jahrzehnt gesündigt worden ist, könne unmöglich in einem Vierteljahr wieder gutgemacht werden. Jede Lohnerhöhung ist auf Kosten der Arbeitslosen vorgenommen worden. Den Kreislauf der Erzeugungskosten, Verbraucherpreise, Absatzmangel und Arbeitslosigkeit haben nun endlich die Gewerkschaften begriffen."

Also der SPD.-Führer Cohen-Reuß predigt hier ebenfalls ganz offen den Lohnabbau und fügt hinzu, daß auch die Gewerkschaften das begriffen haben. Daß das bei den Gewerkschaften der Fall ist, dafür wollen wir die von Leipart redigierte Zeitschrift „Die Arbeit" zitieren. Im Aprilheft 1930, wo zum Problem „Lohn und Zins" Stellung genommen wird, heißt es ganz eindeutig:

„So sehen die einen die Höhe des Lohnes, die anderen die Höhe des Zinsfußes als Ursache der Arbeitslosigkeit an, während wir im folgenden versuchen wollen, zu zeigen, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit in der gleichen Höhe von Lohn und Zinsfuß liegt. . . . Der deutsche Produktionsapparat befindet sich zu einem Teil in einem Zustand, der bei der gegenwärtigen Lohnhöhe, in Verbindung mit anderen Kostenfaktoren, nicht rentabel arbeiten kann. Will man die Arbeitslosen in den vorhandenen Produktionsapparat eingliedern, so müssen die obengenannten Kostenfaktoren, Lohn (einschließlich sozialer Lasten), Steuern gesenkt werden."

Besser kann die soziale Demagogie der Gewerkschaftsbürokraten, daß sie gegen den Lohnabbau wären, nicht entlarvt werden. Ihr jetziges Geschrei gegen den Lohnabbau darf daher von keinem Arbeiter ernst genommen werden. In offenen Scheinkämpfen hungern sie die Arbeiter aus, um sie dann der „unparteiischen" Schlichtungsordnung auszuliefern, die mit Hilfe der Gewerkschaften dann den Lohnabbau zum Gesetz erhebt. Erinnern wir an das jüngste Ereignis, die Berliner Metallarbeiterbewegung.

Die Millionen, die heute noch in den Gewerkschaften sind, müssen endlich begreifen, daß es gilt, diese Gewerkschaften zu zerschlagen, sollen die Interessen der Proletariats nicht mehr ein Schacherobjekt im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft sein. Im Betrieb — durch die Schaffung der Klassenorganisation der Arbeiter nach dem Prinzip der Allgemeinen Arbeiter-Union, in Betriebsorganisationen, müssen die Interessen des Proletariats zu einer Angelegenheit seiner selbst werden.

Nordeutschen Helleindustrie Aktiengesellschaft, Berlin;
Osram G. m. b. H., Kommanditgesellschaft, Berlin;
Ostwerke A.-G., Berlin;
J. D. Riedel — E. de Haen — A.-G., Berlin-Britz;
Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf;
Schaltheil-Patzenhofer Brauerei A.-G., Berlin;
Siemens & Halske A.-G., Berlin;
Württembergischen Kattunmanufaktur, Heidenheim a. d. Brenz;
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft, Konstantinopel;
Mitglied des Zentralausschusses der
Bank für Orientalische Eisenbahnen, Zürich;
Hauptbank für Tirol und Vorarlberg, Innsbruck;
Mitglied des Grubenvorstandes der
Gewerkschaft Westfalen;
Mitglied des Zentral-Ausschusses der
Reichsbank, Berlin.

Alle 14 Tage eine Viertelmillion mehr

Am 15. November 3,5 Millionen Arbeitslose amtlich.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Reiche stand in der ersten Hälfte des November bereits im Zeichen des Winters. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden ist bei den Arbeitsämtern um mehr als 230 000 angewachsen, und es wurden am 15. November

rund 3 484 000 Arbeitslose

gezählt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Arbeitslosenversicherung um rund 100 000 auf 1 661 159 gestiegen. In der Krisenunterstützung mit 537 613 Unterstützten ist ein Mehr von 37 100 zu verzeichnen. Diese beiden Unterstützungseinrichtungen haben somit eine Belastung zusammen von 2 220 000 erreicht.

Der Zuwachs an Arbeitsuchenden in der ersten Hälfte des November betrug in den Saisonaußenberufen 9,9 Prozent, in den übrigen Berufsgruppen 5,5 Prozent. In der gleichen Zeit des Vorjahres war die absolute Ziffer der Zunahme etwa gleich groß, verteilte sich jedoch anders, da die Arbeitslosigkeit in den Saisonberufen nahezu dreimal so rasch zunahm, wie in den übrigen Berufsgruppen.

Im ganzen läßt die Entwicklung den Schluß zu, daß nach dem hohen Stand, den die Arbeitslosigkeit in den Saisonaußenberufen schon während dieses ganzen Jahres beibehalten hatte, nunmehr die weitere jahreszeitliche Verschlechterung in etwas milderen Formen als sonst verläuft; dagegen ist offenbar die allgemeine wirtschaftliche Stagnation die sich in den Zahlen der übrigen Berufsgruppen ausprägt, noch unverändert geblieben.

Ueber eine halbe Million Erwerbslose in Berlin-Brandenburg.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt ist jetzt die Krise stärker denn je. In den beiden ersten Novemberwochen hatte das Landesarbeitsamt Brandenburg (Berlin, Brandenburg, Grenzmark) einen Zustrom von

41 831 neuen Arbeitsuchenden

zu verzeichnen. Mit fast 540 000 Arbeitsuchenden ist Mitte November bereits der höchste Stand der Arbeitslosigkeit im vergangenen Winter um 43 772 Personen überschritten. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres liegt die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden um 101,4 Prozent und die der männlichen Arbeitslosen sogar um rund 110 Prozent höher.

Auf Groß-Berlin entfallen allein 400 822 Arbeitsuchende, auf Brandenburg rund 130 000 und auf die Grenzmark rund 9060 Personen. Von den Berliner Arbeitslosen wurden 240 047 Personen von der Versicherung unterstützt, so daß der städtischen Wohlfahrtsfürsorge

allein 160 800 Unterstützungsbedürftige

zufallen.

Der stärkste Zugang an neuen Erwerbslosen fand in der Berichtswoche von den Außenberufen her statt. Besonders in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und in den Baustoffindustrien standen Massenentlassungen auf der Tagesordnung. Auch in der Bekleidungsindustrie und der Konfektion standen zahlreiche Entlassung zur Tagesordnung. Ebenfalls hat der Zustrom von erwerbslosen Angestellten unvermindert angehalten. Relativ stark war der Andrang entlassener Bankangestellten. Die Lage in der Metallindustrie hat eine wesentliche Aenderung nicht erfahren. Zu erwähnen wäre noch, daß auch die Vermittlung für akademische Berufe sehr trübe ist. Hier stieg die Zahl der Erwerbslosen ebenfalls an. Ein Zeichen dafür wie die Krise heute alles erbarmungslos in den Strudel schleudert.

Das ist der amtliche Bericht — der berüchtigten Reichsanstalt. Die Wirklichkeit dürfte noch wesentlich anders aussehen. Nehmen wir die große Zahl derer, die überhaupt keine Unterstützung mehr bekommen und gar nicht mehr stempeln — folglich nicht mehr registriert werden bei den Arbeitsämtern —, so können wir getrost von nahezu **4 Millionen** Erwerbslosen sprechen. Und von diesen 4 Millionen hat man dem Teil, der noch Unterstützung bekommt, jetzt neuerdings die paar Mark noch gekürzt. So sieht die Arbeitslosenversicherung mit Zubehör aus, diese sozialpolitische Errungenschaft der Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Jawohl — das ist „demokratischer Fortschritt", aber nur im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft.

Man dürfte gespannt sein, wenn die Millionen sich aufraffen wollen, um dieser Elendsparade der kapitalistischen „Demokratie" Einhalt zu bieten, um den revolutionären Sturm zu entfachen, um alles von seinem Sockel zu stürzen, was der Nutznießer des millionentachen Elends ist.

Bücher-Ecke

Neue Bücher:

Gorki, In der Steppe, kart. 3,— Mk., Leinen 5,— Mk.
Gorki, Wie ein Kind geboren ward, kart. 3,— Mk., L. 5,— Mk.
Kautski, Marx' ökonomische Lehren, Leinen 4,75 Mk.
Lenin, Ueber Reformismus, brosch. 0,50 Mk.
Lafargue, Die Religion des Kapitals, brosch. 0,50 Mk.
Marx-Engels, Ueber hist. Materialismus, Bd. 2, brosch. 1,40 Mk.
Marx-Lassalle, Unter Anklage des Hochverrats, brosch. 1,20 Mk.
Marchwitza, Sturm auf Essen, brosch. 1,— Mk., Halbl. 2,— Mk.
Scharrer, Aus der Art geschlagen, Leinen 4,80 Mk.
Sinclair, Leidwege der Liebe, kart. 4,80 Mk., Leinen 7,— Mk.
Sinclair, Das Geld schreibt, kart. 2,80 Mk., Leinen 4,80 Mk.
Takunaga, Die Straße ohne Sonne, kart. 3,50 Mk., Leinen 5,— Mk.
Traven, Das Totenschiff, Leinen 5,— Mk.
J. London, Die Zwangsjacke, brosch. 3,— Mk., Leinen 4,80 Mk.
J. London, Der Wolf von Wallstreet, Leinen 4,50 Mk.
J. London, Joe unter Piraten, Halbl. 3,80 Mk.
Gesellschaft und Wirtschaft, Kalender 1931 (Abreißkalender), einschließlich Mappe 2,20 Mk.
Freikörperkultur-Kalender 1931 (Taschenbuch) 1,— Mk.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Veranstaltungskalender.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Glasow, Malplaquetstr. 24.
6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Ottoschinerstraße 88.
14. Bezirk: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchholstr. 5.
15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschönweide, Brückenstr. 3.
17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Wollitzer, Gärtzlstr. 38.

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7,30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt

Reich

Halle.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Ortsgruppe Weißenfels.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoli, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Izsdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 49

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 6. Dezember 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Brüning-Demokratie

Die kapitalistische Krise zerstört den gesamten parlamentarischen und gewerkschaftlichen Unterdrückungsapparat, mit dessen Hilfe die Bourgeoisie die breiten Massen zur positiven Mitarbeit in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einfing. Es war eine alte Weisheit, daß die Demokratie die beste Herrschaftsform für das Finanzkapital ist. Diese Lehre gilt nur und hatte Geltung für die Zeit, in der die kapitalistische Krise latent war. Die Bourgeoisie ist durch die Wirtschaftskrise, **welche** mit sich täglich verschärfender Heftigkeit den gesamten Bau der kapitalistischen Wirtschaft ins Wanken bringt, **gezwungen, zur offenen Diktatur überzugehen.** Sie muß die demokratische Maske fallen lassen, wenn sie rücksichtslos die Kosten der Krise auf die Arbeiterschaft abwälzen will. Die deutsche Bourgeoisie ist sicher zufrieden, wenn sie parlamentarisch mit Hilfe der Sozialdemokratie alles erreicht was sie will. Es ist ihr wirklich dann nicht um das viele Blut zu tun. Es kommt ihr nur darauf an, daß sie restlos ihren Profit sichert. Sie ist dafür gern bereit, den Parlamentarismus des Artikel 48 in Kauf zu nehmen.

Nach dieser Ankündigung war ohne weiteres zu erwarten, daß die Sozialdemokratie der Rettungsaktion des Herrn Brüning zustimmen würde, wenn ihr nach außen hin Erfolge durch Verhandlung der Führer mit der Regierung zugestanden werden. Der kluge Kanzler hat auch

Es geht los!

Gummiknüppel und härtere Waffen gegen den Hunger.

Am Mittwoch, den 3. Dezember, fanden in Leipzig zwei Erwerbslosenversammlungen statt. Im Anschluß an diese Erwerbslosenversammlungen formierten sich Demonstrationen, die auf den Widerstand der Staatsgewalt stießen. Es kam zu schweren Zusammenstößen. Mit aufgepflanztem Bajonett gingen die Ordnungshüter gegen die Demonstranten vor. Sechs Arbeitslose wurden ein Opfer des Terrors, indem sie schwere Verletzungen erlitten. Einer von ihnen ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

So erfüllt sich bereits Severings Vermächtnis, daß der Gummiknüppel und härtere Waffen in diesem Winter mehr denn je den Hunger zu bändigen haben. Wann wird das Proletariat begreifen, daß es diese Offensive gegen sich, begleitet durch schärfsten Terror, nur begegnen kann mit dem revolutionären Massenkampf?

in vollkommen belanglosen Punkten nachgegeben. Er hat wegen des Krankenscheins, in der Arbeitslosenversicherung und in der Kopfsteuer Zugeständnisse gemacht. Der neugebackene Sozialdemokrat Anton Erkelenz hat in der Nummer vom 28. November 1930 unter der Ueberschrift „Aktivität: Die große Chance der Sozialdemokratie", einen für die jetzige Politik der SPD. typischen Artikel veröffentlicht. Er beginnt mit den Worten Lloyd Georges: „Jede Schwierigkeit gibt eine Gelegenheit", und schließt damit, daß diese große Gelegenheit jetzt da sei. Die Partei habe die Aufgabe, den Hitlerismus geistig zu überwinden und aus dieser Bewegung — nämlich der geistigen Ueberwindung — neue große Erfolge für die sozialdemokratische Politik zu schmieden. Nach dieser Ueberleitung kommt dann am 2. Dezember 1930 der Obergenosse Rudolf Breitscheid zu Worte, der nun eingehend darlegt, daß der SPD.-Führung gelungen ist, namentlich bei der Krankenversicherung verhältnismäßig weitgehend ihre Forderung durchzusetzen. Er ist zwar der Auffassung, daß das Kabinett der Verfassung eine Auslegung gegeben hat, die bis hart an die Grenze ihrer Vergewaltigung geht. Trotzdem müsse die Sozialdemokratie diese sehr bedenkliche Auslegung der Verfassung tolerieren, weil ein Regierungssystem im Sinne der Hitler und Hugenberg gefährlichere Folgen für das arbeitende Volk nach sich ziehen kann. Er hat sogar Angst, daß die bürgerlichen Parteien — man muß es im Wortlaut genießen — „des Kämpfens müde, der Herrschaft nationalsozialistischer Ideen den Weg bereiten". Diese Beschuldigung der Bürger, daß sie kämpfen gegen die nationalsozialistischen

gegen die Demokratie stellt. Eine solche Diktatur würde unter den gegebenen Umständen nicht „Diktatur des Proletariats" sein, auch nicht im verfälschten Sinn der Kommunisten, sondern eine **Diktatur der reaktionärsten Teile des Bürgertums** gegen die Arbeiterbewegung. Gelingt es, das Aufkommen einer solchen Diktatur mit **parlamentarischen** Mitteln zu verhindern, so wird sich **die Sozialdemokratie den Dank aller Arbeiter** verdienen, denn sie wird damit viel **Blut, Not und Elend sparen."** (Sperrdruck wie im Original.) Diese Formulierung zeigt, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, alles restlos zu bewilligen, um die Situation parlamentarisch zu meistern. Es ist ein grausamer Hohn, wenn der „Vorwärts" sagt, daß auf diese Weise viel Not und Elend gespart würde. Die Bourgeoisie ist sicher zufrieden, wenn sie parlamentarisch mit Hilfe der Sozialdemokratie alles erreicht was sie will. Es ist ihr wirklich dann nicht um das viele Blut zu tun. Es kommt ihr nur darauf an, daß sie restlos ihren Profit sichert. Sie ist dafür gern bereit, den Parlamentarismus des Artikel 48 in Kauf zu nehmen.

Brüning droht der Sozialdemokratie dauernd mit der Diktatur Hitlers und mit der Diktatur der dritten Internationale. Für die Sozialdemokratie heißt dies praktisch: „Die Köpfe werden rollen und zwar die Köpfe der Führer werden rollen." Es ist selbstverständlich, daß diese Köpfe ohne Kopf eine ungeheure Angst vor der Verwirklichung dieses Attentates auf ihre Freiheit zum Verrat der Arbeiterschaft empfinden. Zum Schutz dieser Köpfe haben sie ihre besten Bluthunde zu Schupo-Minister und Polizeipräsidentengenossen gemacht. Dieser Schutz genügt ihnen noch nicht. Die Partei beginnt ganz offen mit dem Ausschluß der nicht mit der Politik der Unterwerfung unter die faschistische Diktatur der Brüning-Regierung einverstandenen proletarischen Elemente. Die SPD., welche bisher so ungeheuer stolz darauf war, daß innerhalb ihrer Reihen eine vollkommen freie Meinungsäußerung, ein vollkommenes Sammelsurium von liberalen, religiösen, proletarischen rechten und linken Sozialisten bestand, beginnt jetzt offen mit der Disziplinierung der sich gegen den Verrat wehrenden Arbeiter. Genau so wenig wie der preußische Staat kommunistische und nationalsozialistische Beamte duldet, geschieht dies seitens der SPD. Sie ist eben Staatspartei. Sie könnte sich diesen Namen noch mit viel mehr Recht zulegen als dies die verflossenen Demokraten tun. Die Diktatur des sozialdemokratischen Parteivorstandes rast. Herr Wels verwirklicht so seine Drohung mit der demokratischen Diktatur. Die Seydewitz und Gen. schweigen. Es herrscht Einstimmigkeit darüber, daß in dieser schweren Zeit die Sozialdemokratie die Demokratie des Artikel 48 aufrecht erhalten muß. Für sie existiert nur die Frage: Wenn die Regierung Brüning stürzt, was dann? Dann kommen die Nazis zur politischen Macht. Wenn dies der Fall ist, dann wehe uns. Also kann uns nur die Regierung Brüning retten. Der „Vorwärts" schreibt in seiner Nummer vom 26. November 1930 ganz offen: „Die politische Aufgabe der Sozialdemokratie in dieser Zeit aber ist, die Entstehung einer Diktatur zu verhindern, die sich bewußt

Ideen und daß man sie in diesem Kampf unterstützen muß, daß man sie nicht „auf diese Bahn stoßen oder ihnen einen billigen Vorwand für ihr Betreten geben darf", ist ein Zeichen höchster politischer Verblödung. Es ist ja durchaus möglich, daß Breitscheid unter parlamentarischer Hypnose steht und infolgedessen nicht sieht was ist. Vielleicht fällt ihm doch noch ein, daß Herr Brüning bereits mit den Nationalsozialisten unterhandelt, daß es für das Zentrum nur eine Frage der Zeit ist, wann es zu einer offenen Koalition kommt. Vorläufig tolerieren auch die Nationalsozialisten und zwar lediglich aus außenpolitischen Gründen die Regierung Brüning. Ihre Gründe sind aber besser fundiert. Sie hoffen auf die Aufnahme in die Regierung Brüning, während den Sozialdemokraten sehr wohl bekannt ist, daß diese Hoffnung nicht besteht. Der Herr Reichspräsident will nicht, daß die Sozialdemokratie noch Reichsministersessel ziert. Er kann auch eines Tages nicht mehr wollen, daß Herr Brüning als Reichskanzler figuriert. Er hat andere Freunde, die für ein Zusammenarbeiten mit den Nationalsozialisten sind. Der kaiserliche Major ist das Haupt der deutschen republikanischen Demokratie. Er ist der Herrscher. Herr Schleicher, der Reichswehrgewaltige, wird nur solange sich der Anordnung des Herrn Brüning fügen, solange Hindenburg es wünscht. Wann Hindenburg die Nationalsozialisten wünscht, ist keine prinzipielle Frage, nur eine Tempofrage. Herr Hitler wird warten. Er kann ruhig warten. Die Zeit arbeitet für ihn. Die Wahlen in Bremen und Bielefeld beweisen es. Die finanzielle Pluscharbeit des Brüning kann die kapitalistische Anarchie nur steigern. Es ist absolut nicht notwendig, daß der Uebergang von der versteckten Diktatur des Kapitals, genannt Demokratie, zur offenen Diktatur abrupt erfolgt. Dem braven Kind Proletariat muß es löffelweise gegeben werden, sonst könnte ihm die Medizin zu stark aufstoßen. Es muß erst ein Kampfheuer gemimt werden, durch das die Zermürbung herbeigeführt wird. Der liebe Gott darf über seine Gläubigen nicht auf einmal alles Unglück ausschütten. Die Gläubigen dürfen nur mit ihrem Gott hadern, aber sie dürfen ihn nicht verfluchen und aus der heiligen Kirche der kapitalistischen Ordnung austreten. Dies weiß der fromme Gottesmann Brüning sehr genau. Deshalb gibt er auch seinen unteren Geistlichen, den SPD.- und Gewerkschaftsführern die Möglichkeit, die Brüning-Regierung als die Rettung vor dem Teufel Faschismus zu deklarieren.

Die SPD. beruhigt. Sie erklärt zwar, daß die Demokratie vergewaltigt wird, es sei aber besser, eine vergewaltigte Demokratie als eine offene Diktatur. Dieser Unterschied ist zwar für Juristen ein Labsal und für Arbeiterverräter ein gefundenes Fressen, aber für einen Proletarier Jacke wie Hose. Es kommt ihm keineswegs auf die Form an, in der ihm ein Urteil gesprochen wird, sondern auf das Urteil. 10 Jahre Zuchthaus durch Herrn Brüning diktiert, sind genau so 10 Jahre Zuchthaus wie durch Herrn Hitler diktiert. Die bessere Aufmachung ändert nichts an der harten Tatsache. Die braven Bürger sehen aber einen großen Unterschied. Herr von Gerlach hat ihn entdeckt. Brüning ist die gewissermaßen legale und jedenfalls friedliche Diktatur, die nur die Uebergangsstufe zur vollen Wiederherstellung von Demokratie und Parlamentarismus sein soll, eine Maßnahme der Demokratie zu ihrem eigenen Schutz. Die Demokratie muß also durch Diktatur geschützt werden. Es gibt also sowohl eine diktatorische Demokratie wie eine Demokratie der Diktatur. Die Diktatur der Demokratie, von der noch Wels im Jahre 1928 schwärmte, scheint schon längst begraben zu sein. Für die Hitler und Genossen hat Herr von Gerlach sogar die Demokratie als Hebel zur Dauerdiktatur entdeckt. Alles in allem eine ff. Demokratie. Beste Schnittware. In jedem Wurstladen nach Gewicht käuflich. Es scheint die einzige Ware zu sein, welche in Deutschland vom Preisabbau betroffen ist. Das kommt wahrscheinlich daher, weil sie schon zu lange liegt und

wahrscheinlich daher, weil sie schon zu lange liegt und daher sehr ausgetrocknet ist. Vielleicht erscheint einmal sogar im „Vorwärts" eine Annonce: „Eine Verfassung billig zu verkaufen".

Vorläufig hält noch Herr Severing Herrn Braun und Herr Braun Herrn Severing. Noch sind die gefürchteten Nazistellen in Preußen noch nicht regierungsoffiziös. Noch wird die Sozialdemokratie nicht mit Hilfe des Republikschutzgesetzes in Preußen verboten. Wenn dies bisher nicht der Fall ist, so ist es der rev. Arbeiterschaft zu verdanken, die allein den praktischen Kampf gegen den Faschismus führt. Die KPD. kennzeichnet und analysiert die Situation der Demokratie vollkommen richtig. Sie verlangt einen wehrhaften Kampf gegen die mörderischen Nazihorden. Sie weiß, daß allein die Erhebung der Arbeiterschaft der brutalen Unterdrückung durch die Bourgeoisie ein Ende bereiten kann. Trotzdem tut sie praktisch nichts, um diesen Kampf zur Tat werden zu lassen. Der Aufruf der Massen zum Generalstreik ist die einzige Möglichkeit des Kampfes. Die ungeheure Empörung der Arbeiterschaft über die Notverordnung, die täglich sich steigernde Arbeitslosigkeit, die Erkenntnis von der Ausweglosigkeit der kapitalistischen Krise ist der beste Wegbereiter für diesen Kampf. Die Arbeiterschaft darf nicht nur die Faust in der Tasche ballen; sie darf sich nicht auf die parlamentarischen Lösungen verlassen; sie muß die Regierung Brüning hinwegfegen, wenn sie leben will.

Politische Rundschau

Die ausgebrochenen „Giftzähne"

Bevor die neue Notverordnung durch Brüning mit Hilfe des Artikel 48 verkündet wurde, trieb die SPD. wochenlang einen Kuhhandel mit der Brüning-Regierung, doch die berüchtigten „Giftzähne" aus der alten Notverordnung vom Juli auszubrechen. Es handelte sich hier um die Arbeitslosenversicherung und Krankenschein- und Arzneigebühr. Herr Brüning war so tolerant, einige Zugeständnisse zu machen, um so die Voraussetzung zu schaffen für das Schlucken seines Programms durch die SPD.

Der „Vorwärts" bauscht diese Aenderungen an der alten Notverordnung als ungeheuren „Fortschritt" auf. Aber die „Germania" belehrt jeden darüber, daß die Abänderungen an der alten Notverordnung geringfügiger Natur sind . . . Sie sind nicht das Wesentliche", d. h. sie haben keinen praktischen Wert. Nun — lassen wir die ausgebrochenen Giftzähne Revue passieren.

In der Arbeitslosenversicherung kommen drei Aenderungen in Frage. Und zwar erstens die Verkürzung der Versicherungsfreiheit bei den Jugendlichen vom 17. auf das 16. Lebensjahr. Da für diese Jugendlichen eine 52 wöchentliche Anwartschaftsfrist notwendig ist, wenn sie in den Genuß der Unterstützung kommen wollen, so haben sie in jedem Fall das 14. Lebensjahr überschritten, um sie die Unterstützung beziehen können.

Die zweite hervorgehobene Verbesserung ist die Ausdehnung der anwartschaftspflichtigen Beschäftigung von 1½ auf 2 Jahren. Der neue § 105 a setzte alle, die nicht innerhalb der letzten 18 Monate eine 52 wöchentliche Anwartschaftsfrist erfüllen konnten, fast auf die Sätze der Krisenunterstützung herab. Da auf Grund der gesamten Arbeitsmarktlage die Möglichkeit einer längeren Dauer von Beschäftigung immer mehr ausgeschlossen wird, führt diese Bestimmung dazu, daß ein immer größer werdender Kreis von Erwerbslosen in den Genuß der Hauptunterstützungssätze kommt. So ist die in die neue Notverordnung aufgenommene Verbesserung kaum als das anzusprechen.

Die dritte Veränderung ist die, daß auch dort, wo der Unternehmer die Beiträge des Versicherten nicht ordnungsgemäß abgeführt hat, der Versicherte Unterstützung in der vollen Höhe bekommt. Da es sich hier nur um Einzelfälle handelt, kann auch hier von einer grundlegenden Verbesserung keine Rede sein.

In der Krankenversicherung sind die Verbesserungen ebenfalls unwesentlich. Die Krankenschein- und Arzneigebühr bleibt grundsätzlich bestehen. Es gibt nur einige Ausnahmefälle. So fällt die Gebühr weg, bei Arbeitslosen in der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge, bei Renten- oder Ruhegeldbezieherin, bei Schwerkriegsbeschädigten, und bei Tuberkulose und Geschlechtskranken. Also — für alle in Arbeit befindlichen, trotz Lohnabbau, trotz monatelanger Kurzarbeit usw., bleibt die Gebühr bestehen.

Neben diesen sogenannten Verbesserungen bringt aber die neue Notverordnung neue beträchtliche Verschlechterungen. Das zu verschweigen, dazu haben die „Ausbrecher der Giftzähne" alle Ursache. Der § 105 a, der die 52-wöchentliche Anwartschaftsfrist fordert, sollte nach der alten Notverordnung außer Kraft treten. Diese Bestimmung der alten Notverordnung wird durch die neue aufgehoben und somit der Raub an Unterstützung auf Dorthinaus verkündet. Nicht anders steht es mit dem § 107 a, der die berufsähnliche Arbeitslosigkeit regelte, und der durch die Wisselsche Novelle 1929 in das Gesetz einzebaut worden ist. Auch dieser § sollte nach Artikel 5 des Gesetzes vom 12. 10. 29 außer Kraft gesetzt werden. Die Notverordnung neuerdings hebt auch diese Bestimmung auf und damit werden die sogenannten berufsähnlichen Arbeitslosen auch für die Zukunft um ihren rechtmäßigen Anspruch auf ihre Unterstützung betrogen.

Die Sozialdemokratie weiß ganz genau, welche Manöver sie durchführen muß, um die Billigung des Brüning'schen Raubkurses gegenüber der Arbeiterklasse rechtfertigen zu können.

Wahlen in Bielefeld und Bremen

In Bremen.

Am letzten Sonntag fanden in Bremen die Wahlen zum Bremer Senat statt. Die Wahlen zeitigten folgendes Ergebnis (die Zahlen in Klammern zeigen die Resultate bei den Reichstagswahlen am 14. 9. 30):

Kommunisten 21 481 (25 808) 12 (10) Mandate, SPD. 61 965 (73 634) 40 (50) Mandate, Deutschnationale 11 493 (15 414) 7 (9) Mandate, Zentrum 4 238 (5 337) 2 (2) Mandate, Deutsche Volkspartei 25 168 (35 149) 15 (17) Mandate, Staatspartei 8 327 (12 776) 3 (8) Mandate, Nazis **50 597 (26 108) 31 (2)** Mandate.

In Bielefeld.

Die ebenfalls in Bielefeld Stadt und Land stattgefundenen Wahlen zum Kreistag bzw. zur Stadtverordnetenversammlung brachten — was das Wesentliche ist —, in Bielefeld Stadt — der Hochburg Severings — folgendes Ergebnis:

Kommunisten 4 068 (4 750) 3 (2) Mandate, SPD. 29 371 (32 000) 22 (19) Mandate, Deutschnationale 3 134 (3500) 2 (3) Mandate, Zentrum 3122 (3350) 2 (2) Mandate, Deutsche Volkspartei 4291 (7600) 3 (9) Mandate, Staatspartei 1175 (3100) 0 (2) Mandate, Nazis **17 029 (11 600)** 12 (2) Mandate.

Wir haben diese Resultate gebracht, um zu zeigen, daß der Aufschwung der Nazis immer noch anhält. Nicht daß es ihnen gelungen ist, außer dem Stimmenaufwand aus den alten bürgerlichen Parteien auch in die sozialdemokratische Front einzubrechen, nein — der Stimmenrückgang der KPD. zeigt unzweideutig, daß die Nazis auch von der KPD. gewonnen haben. So zeitigt auch der „revolutionäre" Parlamentarismus der KPD. seine Früchte, der ohne die Politik der KPD. enttäuschte Massen dem Nationalsozialismus" zutreibt.

Rund um den Preisabbau

Er hat ein Loch bekommen.

Der 5prozentige Lohnabbau-Schiedsspruch für die Berliner Metallarbeiter war kaum ins Werk gesetzt, der Preisabbau aufgenommen, da hatte auch schon die Brüning-Regierung den Schwindel vom Preisabbau bei der Hand. Die gesamte Presse, von der Hakenkreuzpresse bis zum Vorwärts — er hatte gerade den meisten Lärm gemacht — stimmte begeistert ein. Lebensmittel wurden billiger, war die Botschaft. Aber so schnell, wie dieser Popanz angepriesen wurde, hatte er auch schon ein Loch. Die Preissenkungsaktion der Regierung sah bekanntlich vor, eine Herabsetzung des Brotpreises um 4 Pf., von 50 auf 46 Pf. Aber die kartellierten Brotfabrikanten erklärten: Quatsch. Wir senken den Preis nur um 2 Pf. Die Milch wurde bekanntlich zwei ganze Pfennige herabgesetzt. Nun geschah das Schauspiel für Götter. Diese Herrlichkeit währte aber nur eine geschlagene Woche. Da platzte auf einmal die Kunde des Verbandes Berliner Milchhändler auf den Tisch, daß die Milch wieder auf den alten Preis erhöht wird. Die Preiserhöhung sei notwendig durch die Heraufsetzung der Verkaufspreise von den Landwirten um 2 Pfennige. Das Charakteristische ist, daß kurz vorher ein Schiedsspruch für die Bolle-Arbeiter gefällt wurde, der einem Lohnabbau vorsieht von 5 bis 6 Prozent. Besser kann die verlogene Parole der Brüning-Regierung gar nicht illustriert werden: die da heißt: Erst Lohnabbau, dann Preissenkung. Selbst der „Vorwärts" ist über diese Art von Preisabbau gestolpert — und nennt das eine „nette Preissenkung". Im gleichen Atemzuge mußte er berichten, daß nicht nur die Milch teurer geworden ist, sondern auch andere Bedarfsartikel. Und der „Vorwärts" tut noch moralisch entrüstet, daß Preisabbau sogar bestraft wird. Er schreibt: „Die Siedlungsgesellschaft m. b. H. Stadt und Land, Berlin W 9, schreibt uns: Wir haben unseren Mietern billige Kohlen und billiges Brennholz dadurch verschafft, daß wir dem Kleinhandel sowohl den Transport erleichtert und verbilligt als auch durch die Zahlung unsererseits das Risiko übernommen haben. Der Kleinhandel war einsichtig genug, uns die gemachten Ersparnisse zugute kommen zu lassen, die wir dann wieder unseren Mietern durch billige Preise gutschrieben. Das aber paßte der Arbeitsgemeinschaft des Berliner Briketthandels nicht, die eine Klage gegen unsere liefernden Firmen einreichte. Folge: 500 Mark Geldstrafe für das Verbrechen, den Preisabbau von der Rede in die Tat umgesetzt zu haben."

Das ist ja nicht der erste Fall. Vor kurzem wurde erst ein Berliner Zigarettenhändler bestraft — zu 7800 Mark —, der Zigaretten billiger verkaufte, als die Nikotinkapitalisten vorschrieben. So wird der Preisabbau bestraft, wenn es das Profitinteresse des kartellierten Unternehmertums erheischt.

Diese Dinge zeigen nur, daß der ganze Preisabbauplan der Brüning u. Co. in der Luft hängt. Die Kartelle sind eben diejenigen, die die Preise diktieren. Wer gegen Preisbindungen verstößt, wird unter Strafverfolgung gestellt. Die wenigen Lebensmittelartikel, die da um einige Pfennige gesenkt wurden, wiegen den Lohnraub in überhaupt keiner Form auf; im Gegenteil, die Erhöhung anderer Produkte macht das weit.

Preisabbau hin — Preisabbau her. Einer der raffiniertesten Schwindel, den die Bourgeoisie dem Proletariat mit Hilfe der Gewerkschaften auftischen kann.

„Achtung, Herr Brüning"

„Arbeit das beste Weihnachtsgeschenk."

Wir wollen gleich bemerken, daß das nicht etwa ein Wunsch unserersseits ist. Aber so war zu lesen in einem linkssozialdemokratischen Organ und zwar der „Erwerbslosentribüne". Die Sozialdemokratie versteht es eben immer meisterhaft, an die Instinkte der Proletarier anzuknüpfen. Und warum soll nicht auch die SPD. zeigen, daß sie zum „Fest der christlichen Nächstenliebe" die Herzen der Proletarier versucht aufzuwecken.

So läßt man in dieser „Erwerbslosentribüne" ein Stoßgebet los darüber, daß Millionen Arbeiter ihre Hände in den Schoß legen müssen — trotzdem sie gern arbeiten möchten. „Man ist über Herrn Brüning ganz empört, daß er Arbeit verschaffen wollte — so hieß es ja bekanntlich zum 14. September — und dies einfach nicht getan hat. Nun appelliert man das „christliche" Herz des Herrn Brüning, dies doch unbedingt zum „Fest christlicher Nächstenliebe" nachzuholen, damit auch die unfreiwillig Feiernden ein Geschenk haben.

Es wird auch gezeigt, wie Herr Brüning das Geschenk machen kann. Wird das „großzügige" Arbeitsbeschaffungsprogramm der Preußenregierung empfohlen, das leider von der Preußenregierung „nicht allein durchgeführt werden kann". Wir wollen hierbei nur bemerken, daß die Preußenregierung schon versucht hat, einen Anfang zu machen. Der sieht so aus — daß erwerbslose Proletarier in die ostpreußischen Sümpfe deportiert werden, zur Trockenlegung derselben, und dort zu Bedingungen eines chinesischen Kulis arbeiten müssen. (Ein Prachtstück von Arbeitsdienstpflicht.) Schließlich zeigt man dem noch Herrn Brüning, daß nur die Arbeitszeit verkürzt werden braucht, und der Laden klappt. Und zum Schluß heißt es dann: „Wird Herr Brüning den auf Arbeit harrenden Millionen dies Weihnachtsgeschenk machen? Sie haben das Wort, Herr Brüning, aber machen Sie keine Worte, wir wissen, daß Sie in der Kunst Meister sind, bigehen Sie eine Tat!"

Herr Brüning wird diesen Wunsch des SPD. die kalten Schultern zeigen. Arbeit! Woher nehmen und nicht stehlen. 15 Millionen feiern in der Welt. Unfreiwillig! Sie feiern, weil die Technisierung der kapitalistischen Produktion sie überflüssig macht. Die internationale Krise — eine Folge des verringerten Absatzmarktes — trägt ihr Teil dazu bei. Selbst in den von Sozialdemokraten regierten Ländern, — wie in England unter Macdonalds Regierungskunst, in Oesterreich, wo wir eine „rote" Gemeinde Wien haben, machen sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit wunderbare Fortschritte.

So entfaltet sich das sozialdemokratische Stoßgebet nach dem „Weihnachtsgeschenk" für die Millionen als Heuchelei. Das sozialdemokratische „Weihnachtsgeschenk" für das Proletariat aber ist: das Eintreten von Kürzungen durch Severing in den einzelnen Städten, die die Steuerkrise über das Proletariat schwingen; die Tolerierung der Brüning-Regierung durch die SPD., die die Unterstützungssätze für die Arbeitslosen herabschraubt, die den Lohnabbau zum Prinzip erhebt, der mit Hilfe sozialdemokratischer Schlichter durchgeführt wird. Und wenn dieses „Weihnachtsgeschenk" noch nicht genügt, dann gibt es durch Severings Kosaken mit dem Gummiknüppel und härteren Waffen und ihrem notwendigen Beigeschmack: Blaue Bohnen, noch etwas hinzu.

Der sozialdemokratische Schrei nach Arbeit, das ist in Wirklichkeit die Verhöhnung des Schicksals der Millionen, die Ablenkung von der notwendigen Erkenntnis, die heute die Millionen besitzen müßte, daß nur durch den Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — vermittels der sozialen Revolution — das Schicksal der Millionen geändert werden kann.

Gesunde Kassen — Kranke Menschen

Deutschland hat 60 Millionen Einwohner, 20 Millionen davon sind von den Krankenkassen erfaßt. Erfaßt im wahrsten Sinne des Wortes, gefesselt zum Ausquetschen. Ein Staat im Staat, eine Bonzenklique mit Fürstengehältern in fürstlichen Palästen schmarotzt auf Kosten der Kranken. Zwei Milliarden Mark wurden im letzten Jahr an Beiträgen vereinnahmt; es zahlt also jedes Kassenmitglied im Durchschnitt jährlich 100 Mark. Und wird es krank, muß es 50 Pfennige bezahlen, um einen Arzt in Anspruch nehmen zu können. Die Fälle sind nicht vereinzelt, daß Menschen gestorben sind, weil sie die halbe Mark nicht hatten, um den Arzt aufsuchen zu können. Dabei sind die Kassen nicht arm. Die Reservefonds betragen über 700 Millionen Mark.

Es ist bekannt, daß die Krankenkasse, auch des kleinsten Nestes, immer den luxuriösesten Bau besitzt. Wo die Kassenmitgliedschaft in die Tausende geht, ist es meistens ein Palast. Ein Berliner bürgerliches Blatt bringt Angaben aus der Festschrift der Krankenkasse eines kleinen Städtchens zur Eröffnung ihres Verwaltungspalastes, die auf teuerstes Büttenpapier gedruckt sei, und das silbergrau gebeizte Eichenfournier des Beratungszimmers, die olivgrünen Gardinen, die Wandplatten in grauer Glasur und die Goldornamente des Entrees des säulengeschmückten Palastes besonders hervorhebt. Dann heißt es wörtlich weiter in der Festschrift:

„Es klingen Herzlichkeit und Freude durch den Raum, **frei von geschäftsmäßiger Nüchternheit.** Das zeigen die traulichen Nischen und Ecken, die heitere Ornamentik des Wandstoffes, nicht zuletzt das Möbel, das fern von der üblichen Büro-Uniformität in jedem einzelnen Stücke zweckvoll ist und sich der Architektur des Raumes anpaßt. Die Melodie des Rhythmus schwingt hier leichter, sonnlich zesteiert, bis sie in der Architektur des Treppenhauses mit Wucht ausklingt und verklingt."

Der Name des Nestes wird nicht genannt, aber die Größe: es hat ganze 20 800 Einwohner! Einen entsprechend prunkhaften Palast baut gegenwärtig die Krankenkasse Frankfurt a. M. Der Fremde, der vom Bahnhof kommt und die Wilhelmstraße betritt, bleibt bewundernd stehen. 180 Meter lang streckt sich ein monumentales Bauwerk hin, vier Stockwerke in die Höhe. Imponierend im Ausmaß, schön im Aufbau, ein Prunkstück der Architektur. Ein wahrhaftiger Palast für kranke Menschen. Und er meint, in diesen traurigen Zelten sollte auch die Hochfinanz sparen. Aber es ist nur die Frankfurter Ortskrankenkasse, die ihre Stadt um eine Sehenswürdigkeit bereichert hat. Unbekümmert um die Kritiken der Sozialversicherungsbehörden, Kostenpunkt, der von den Kranken wieder dadurch erpreßt wird, daß man sie sofort nach Krankmeldung zum Vertrauensarzt schickt, der jeden wieder sofort „gesund schreibt", der noch nicht in Krepieren liegt. Frankfurt a. M. ist besonders stark durch Arbeitslosigkeit belastet, d. h. mit Zwangskassenmitgliedern. Die oft auch bei Lebensgefahr nicht die 50 Pfennige für den Krankenschein aufbringen können. Entsprechend der großen Arbeitslosigkeit in Frankfurt a. M. gibt es dort eine große Anzahl leerstehender Geschäfts- und Bürohäuser, so daß die Krankenkasse eine Auswahl passender Verwaltungsgebäude für sehr billiges Geld hätte miteten können. Freilich hat das private Kapital nicht den Luxus, an die sozialdemokratischen Bonzen zu gewähren, gewährt sind. Allein die elektrischen und Rohrleitungen des Märchenschlosses verschlingen ein Vermögen. Rund 60 Kilometer Rohrleitungen (die elektrischen Leitungen also ausgeschlossen!) liegen allein in den Kellerräumen, rund 90 Kilometer in den Wänden und Decken. Auch die technische Zentrale, von der aus das Wunderwerk von Ent- und Belüftungs-, von Wasser-, Gas-, Preßluft-, Stark- und Schwachstrom-Anlagen dirigiert wird, ist mit allen Schikanen ausgestattet. So kann man durch einfachen Druck auf einen Knopf die Temperatur auch im entferntesten Winkel des Riesenkomplexes ablesen. Auch Spucknäpfe mit Wasserspülung sind da. — Das ist, bitte, kein Krankenhaus; diese können sich diese Einrichtungen heute noch nicht leisten. Die Einrichtungen sind ausschließlich den höheren Beamten, die in den Wolkfahrts- und Gewerkschaftsvereinen auf dem Rücken der Beitragszahler in ihre Pfründen geklettert sind.

Daß die „Krankenkassen" entsprechend mit den Blutgeldern wirtschaften, das geht aus einem Schreiben des Bedjser Stadtrat Treitel an das Versicherungsamt hervor, in dem er feststellt: „. . . daß verschiedene Krankenkassen aus Anlaß von Geburtstagen, Jubiläen, Silberhochzeiten von Vorstandsmitgliedern, Beamten und Angestellten Beträge aus Kassenmitteln zur Beschaffung von Spenden oder zur Zahlung von außerordentlichen Barbeträgen (Doppelte Gehälter) verwendet haben. Die zur Verantwortung Gezogenen führten zur Entschuldigung an, **daß derartige Spenden allgemein üblich seien."**

Die Proleten können also beruhigt sein. Ihre kleinen Führer in den Krankenkassen stehen den großen in Parlament, Parteitagen, Jubiläen, Silberhochzeiten von Vorstandsmitgliedern, Beamten und Angestellten Beträge aus Kassenmitteln zur Beschaffung von Geschenken gleich. Man könnte für die heutige Zeit theoretische Ansätze bei Engels aufdecken, aber dies würde zu weit führen, z. B. ein Wort Engels von 1884: „Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher die um die reine Demokratie sich sammelnde Gesamtreaktion." Und 1894, kurz vor seinem Tode, kritisierte er noch, wie unpassend das Wort „Sozialdemokratie" sei: „. . . Deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch und deren politisches Endziel die Ueberwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie ist."

Engels ist uns in keinem Teil „historisch" geworden. Seine Gedanken gründen sich auf Tatsachen. — (Mehring: „Marx-Bibliographie" — Beer: „Allgemeine Geschichte des Sozialismus" — Dralin: „Engels-Brevier".)

Die neueste „Schwenkung" in der Gewerkschaftspolitik der KPD.

I.

Durch die Gründung des „Roten Metallarbeiterverbandes" in Berlin hat die KPD. erneut bewiesen, daß ihre Gewerkschaftspolitik in eine ausweglose Sackgasse geführt hat. Es ist daher notwendig, die Ursachen und den Zweck dieser Gründung zu beleuchten, und in diesem Zusammenhang aufzuzeigen, daß nicht nur die Gewerkschaften, sondern die parlamentarisch-gewerkschaftliche Taktik als solche überwunden werden müssen, wenn das Proletariat den organisatorischen Ausweg gegen die tödliche Umklammerung des untergehenden Kapitalismus finden soll.

Sowie der Parlamentarismus die geistige, so verkörpert die **Gewerkschaftsbewegung** die materielle Macht der Führer über die Arbeitermassen. Die Gewerkschaften bilden unter dem Kapitalismus die natürlichen Organisationen für den Zusammenschluß des Proletariats; und als solche hat Marx schon in frühester Zeit ihre Bedeutung hervorgehoben. Im entwickelten Kapitalismus und noch mehr in dem imperialistischen Zeitalter sind die Gewerkschaften stets mehr zu riesigen Verbänden geworden, die die gleiche Tendenz der Entwicklung zeigen, wie in älterer Zeit die bürgerlichen Staatskörper selbst. In ihnen ist eine Klasse von Beamten, eine Bürokratie entstanden, die über alle Machtmittel der Organisation verfügt: die Geldmittel, die Presse, die Brennung der Unterbeamten; ist hat sie noch weitergehende Machtbefugnisse, so daß sie aus Dienern der Gesamtheit zu Ihren Herren geworden ist und sich selbst mit der Organisation identifiziert. Und auch darin stimmen die Gewerkschaften mit dem Staat und seiner Bürokratie überein, daß trotz der Demokratie, die dann herrscht, die Mitglieder nicht imstande sind, ihren Willen gegen die Bürokratie durchzusetzen; an dem kunstvoll aufgebauten Apparat von Geschäftsordnungen und Statuten bricht jede Revolte zusammen, bevor sie die höchsten Regionen erschüttert. Nur mit zäher Ausdauer gelingt es einer Opposition bisweilen, nach Jahren einen mäßigen Erfolg zu erzielen, der meist nur auf einen Personenwechsel herauskommt. Es kann daher öfter zu Rebellionen der Mitglieder, die auf eigene Faust streiken, gegen den Willen der Führer oder die Beschlüsse des Verbandes selbst. Daß dies als etwas Natürliches vorkommt und als solches hingenommen wird, bringt schon zum Ausdruck, daß die Organisation nicht die Gesamtheit der Mitglieder ist, sondern gleichsam etwas ihnen Fremdes; das die Arbeiter nicht über ihren Verband gebieten, sondern daß er als eine äußere Macht, gegen die sie rebellieren können, über ihnen steht, obgleich doch diese Macht aus ihnen selbst entsprießt — also wieder ähnlich wie der Staat. Legt sich dann die Revolte, so stellt sich die alte Herrschaft wieder ein, trotz des Hasses und der machtlosen Erbitterung in den Massen weiß sie sich zu behaupten, weil sie sich stützt auf der Gleichgültigkeit und dem Mangel an klarer Einsicht und einheitlichem, ausdauerndem Willen dieser Massen und von der inneren Notwendigkeit der Gewerkschaft als einzigem Mittel der Arbeiter, in dem Zusammenschluß Kraft gegen das Kapital zu finden, getragen wird.

Kämpfend gegen das Kapital, gegen die verelendeten absolutistischen Tendenzen des Kapitals, sie beschränkend und dadurch der Arbeiterklasse die Existenz ermöglichend, erfüllte die Gewerkschaftsbewegung ihre Rolle im Kapitalismus und war dadurch selbst ein Glied der kapitalistischen Gesellschaft. Aber erst mit dem Eintritt der Revolution, als das Proletariat aus einem Glied der kapitalistischen Gesellschaft zum Vernichter dieser Gesellschaft wird, tritt die Gewerkschaft in Gegensatz zum Proletariat.

Sie wird legal, offen staatserhaltend und staatlich anerkannt, sie stellt den „Aufbau der Wirtschaft vor der Revolution" als ihre Losung auf, also die Erhaltung des Kapitalismus. In Deutschland strömen nun viele Millionen-Zahlen von Proletariern, die es bisher durch Terrorismus von oben nicht wagten, in sie hinein in einer Mischung von Furchtsamkeit und beginnender Kampfstimmung. Jetzt wird die Verwandtschaft der fast die ganze Arbeiterklasse umfassenden Gewerkschaftsverbände mit einem Staatswesen noch größer. Die Gewerkschaftsbeamten kommen nicht nur darin mit der Staatlichen Bürokratie überein, daß sie zugunsten des Kapitals durch ihre Macht die Arbeiterklasse niederhalten, sondern auch darin, daß ihre „Politik" immer mehr darauf hinauskommt, die Massen mit den demagogischen Mitteln zu betrügen und für ihre Abkommen mit den Kapitalisten zu gewinnen. Und auch die Methode wechselt mit den Verhältnissen: roh und brutal in Deutschland, wo die Gewerkschaftsführer den Arbeitern mit Gewalt und schlauem Betrug den Lohnabbau und die verlängerte Arbeitszeit aufhalsten, mit raffinierter Schlauheit in England, wo dieses Beamtentum — ähnlich wie die Regierung — sich den Anschein gibt, sich durch die Arbeiter widerwillig fortschieben zu lassen, während es in Wirklichkeit die Forderungen der Arbeiter sabotiert.

Was Marx und Lenin für den Staat hervorhoben: daß es seine Organisation trotz der formellen Demokratie unmöglich macht, ihn zu einem Instrument der proletarischen Revolution zu machen, daß daher auch für die Gewerkschaftsorganisation gelten. Ihre konterrevolutionäre Macht kann nicht durch einen Personenwechsel, durch die Ersetzung reaktionärer durch radikale oder „revolutionäre" Führer vernichtet oder geschwächt werden. Die Organisationsform ist es, die die Massen so gut wie machtlos macht und sie darin hindert, die Gewerkschaft zum Organ ihres Willens zu machen. Die KPD. hat früher immer erklärt, es könne eine Organisationsform nicht revolutionär sein, da es doch nur auf die revolutionäre Gesinnung der Menschen, der Mitglieder ankomme. Wenn aber der wichtigste Inhalt der Revolution darin besteht, daß die Massen selbst ihre Angelegenheiten — die Leitung der Gesellschaft und der Produktion — in die Hand nehmen, dann ist jede Organisationsform konterrevolutionär und schädlich, die den Massen nicht gestattet, selbst zu herrschen und zu leiten. Diese neue Organisationsform muß geschaffen werden. Aber die Erkenntnis der Bedeutung der heutigen Organisationsform bestimmt die Stellung zum „Roten Metallarbeiterverband".

Sie wird legal, offen staatserhaltend und staatlich anerkannt, sie stellt den „Aufbau der Wirtschaft vor der Revolution" als ihre Losung auf, also die Erhaltung des Kapitalismus. In Deutschland strömen nun viele Millionen-Zahlen von Proletariern, die es bisher durch Terrorismus von oben nicht wagten, in sie hinein in einer Mischung von Furchtsamkeit und beginnender Kampfstimmung. Jetzt wird die Verwandtschaft der fast die ganze Arbeiterklasse umfassenden Gewerkschaftsverbände mit einem Staatswesen noch größer. Die Gewerkschaftsbeamten kommen nicht nur darin mit der Staatlichen Bürokratie überein, daß sie zugunsten des Kapitals durch ihre Macht die Arbeiterklasse niederhalten, sondern auch darin, daß ihre „Politik" immer mehr darauf hinauskommt, die Massen mit den demagogischen Mitteln zu betrügen und für ihre Abkommen mit den Kapitalisten zu gewinnen. Und auch die Methode wechselt mit den Verhältnissen: roh und brutal in Deutschland, wo die Gewerkschaftsführer den Arbeitern mit Gewalt und schlauem Betrug den Lohnabbau und die verlängerte Arbeitszeit aufhalsten, mit raffinierter Schlauheit in England, wo dieses Beamtentum — ähnlich wie die Regierung — sich den Anschein gibt, sich durch die Arbeiter widerwillig fortschieben zu lassen, während es in Wirklichkeit die Forderungen der Arbeiter sabotiert.

Was Marx und Lenin für den Staat hervorhoben: daß es seine Organisation trotz der formellen Demokratie unmöglich macht, ihn zu einem Instrument der proletarischen Revolution zu machen, daß daher auch für die Gewerkschaftsorganisation gelten. Ihre konterrevolutionäre Macht kann nicht durch einen Personenwechsel, durch die Ersetzung reaktionärer durch radikale oder „revolutionäre" Führer vernichtet oder geschwächt werden. Die Organisationsform ist es, die die Massen so gut wie machtlos macht und sie darin hindert, die Gewerkschaft zum Organ ihres Willens zu machen. Die KPD. hat früher immer erklärt, es könne eine Organisationsform nicht revolutionär sein, da es doch nur auf die revolutionäre Gesinnung der Menschen, der Mitglieder ankomme. Wenn aber der wichtigste Inhalt der Revolution darin besteht, daß die Massen selbst ihre Angelegenheiten — die Leitung der Gesellschaft und der Produktion — in die Hand nehmen, dann ist jede Organisationsform konterrevolutionär und schädlich, die den Massen nicht gestattet, selbst zu herrschen und zu leiten. Diese neue Organisationsform muß geschaffen werden. Aber die Erkenntnis der Bedeutung der heutigen Organisationsform bestimmt die Stellung zum „Roten Metallarbeiterverband".

Die Lage in der Tschechoslowakei

Es geht bergab!

Und wenn wir uns fragen, ob es für die Bourgeoisie ein kommunistisches Problem gibt, so muß gesagt werden, die KPTsch. ist für sie kein Problem, sondern eine rein politische Angelegenheit, die mit Zensurstilo und Gummiknüppel leicht erledigt ist. Dieser ausgewachsene Bolschewismus hat unserem Proletariat nichts, als immer neue Führergarnituren und Parteiunterschwemmungen gebracht. Aber was das Schlimmste ist, er hat bei den Massen eine Meinung hervorgerufen, die sich sagt: Wenn dieses tier der Kommunismus sein soll, so bedanken wir uns!

In einem theoretischen Organ der KPTsch. finden wir einen Brief an alle Funktionäre, der die neuesten offiziellen Parolen enthält: Diese neuen Parolen sind genau so wie die von Kautsky, Czech oder Stivin. Die alten Wälzer marschieren da auf: Lohnerhöhung, 7-Stundentag, Speisung der Arbeitslosen, Neuwahlen in den Sozialversicherungsanstalten und etwas wirklich funkelnagelneues, etwas, was noch nicht da war: Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter! Kampf und wieder Kampf — **aber wie und womit,** darüber schweigt man sich großartig aus. (Man könnte sich sonst blamieren.) Die Kapitalisten lassen jetzt 4 oder 3 Tage arbeiten und manche haben schon die Nullsaudenwoche eingeführt. Da soll wohl gestreikt werden? An anderer Stelle wird diese Schwierigkeit zugestanden. Man sagt dann noch, daß Wirtschaftskämpfe „rasch in politische übergehen" — um dann seitenlang darüber zu schreiben, daß die **Hauptaufgabe** der Partei Wirtschaftskämpfe und Teilforderungen seien. Die Thesen sind mit Hauptaufgaben nur so gespickt. „Die Hauptaufgabe der gesamten Partei ist die Gewerkschaftsarbeit und die Führung von Wirtschaftsersatz herab. Um so mehr ist es erstaunlich, daß neben schehen hat, daß sie in politische übergehen. Das geht wohl von selbst. Da müßten sich die KPTsch.-Genossen endlich fragen; was ist Partei und was ist Gewerkschaft? In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die Gewerkschaften vollkommen versagt haben und nun soll die Partei tun und retten, was die versaut haben Damit sinkt die KPTsch. zur einem Gewerkschaftsersatz hinab. Um so mehr ist es erstaunlich, daß neben dieser Gewerkschaftspartei auch noch die Roten Gewerkschaften aufrechterhalten werden sollen, die laut „Bolschewik" die Parteimitgliederzahl kaum übersschreiten und die zu „roten" Massengewerkschaften werden sollen. (Werden sollen!) Aber, um den Gipfel des Unsinns zu erreichen, wird gefordert, daß auch noch die „sozialfaschistischen" Gewerkschaften „revolutioniert" werden. Die Roten Gewerkschaften hingegen sollen in BO. umgewandelt werden, linke Fehler aber müssen vermieden werden, kurz — in dieser vollständigen

Während die meisten Staaten Europas seit dem Weltkrieg viele wirtschaftliche Krisen, Inflationen und Deflationen durchgemacht haben, blieb die Tschechoslowakei eine verhältnismäßig ruhige Insel, was auch dazu beitrug, daß hier die lautesten Verkünder der stalinschen Stabilisierungstheorie zu finden waren. Diese Herrlichkeit hat aber wie jede andere ihr Ende gefunden. Das Land befindet sich in einer tiefgehenden Krise, zu der sich die Gefahr außenpolitischer Komplikationen gesellt, weil die Tschechei, an der jetzt so viel umstrittenen Frage der Revision der Friedensverträge stark interessiert ist, natürlich im Sinne des französischen Blocks.*) Die Außenpolitik hat in einem übertriebenen Militarismus ihre Stütze und innerpolitisch heißen die Grundpfeiler: Mitregierung der Sozialdemokraten und Deutschen. Ein faschistisches Problem gibt es eigentlich nicht — denn sowas wäre eine rein äußerliche und personelle Frage. Die tschechische Bourgeoisie hat gefunden, daß die Demokratie ihr bis heute auf trockenem Wege all das geben kann was eine allzu auffällige Diktatur nur unter gewissen Gefahren bieten würde. Das berüchtigte Schutzgesetz und andere glorreiche Früchte vom Bau der Demokratie genügen, um einen Faschisten mit dem Uebel der demokratischen Staatsform auszusöhnen.

Inzwischen wächst die Arbeitslosigkeit in einem hier bisher kaum bekannten Maße. Nach amtlichen Daten umfaßt sie 15 Proz. der Erwerbsfähigen. Die „sozialistischen Genossen" können in diesen Stunden der Gefahr ihren kapitalistischen Kollegen die Last des Regierens nicht allein überlassen und so lassen gerade sie sich die meisten grauen Haare darüber wachsen. Die besorgten Stadtväter z. B. veranstalten eine Bettelaktion für die Arbeitslosen unter der Bevölkerung, damit sie hergibt, was der Bürger verweigert. Die Sozialisten im Parlament fordern! Die sogenannten Kommunisten unterscheiden sich von ihnen auf den ersten Blick dadurch, daß sie einfach noch mehr fordern.

*) Diese äußerst wichtige Frage soll in einem nächsten Artikel behandelt werden.

Hunde gegen Arbeitslose

In der gesamten kapitalistischen Welt feiern Millionen von Menschen. Es gibt kaum ein Land, das ohne Arbeitslose ist. Dem Aufbegehren vergen den Hunger kennt die Demonstrationen Gesellschaft nur ein Mittel — und zwar den Terror. Mit den verschiedenartigsten Mitteln hält die Bourgeoisie die Sklaven nieder. Gummiknüppel, Maschinengewehre, Tränengasbomben, Karabiner, Feuer- und Wasserspritzen waren bisher so die Mittel.

Aber jetzt hat man eine neue Methode entdeckt, um

Durcheinanderwürfelung der verschiedensten Organisationsformen besteht die bolschewistische Einstellung, die ein Mischmasch von reformistischen Organisationsprinzipien mit einigen sogar der KAP. gestohlenen darstellt.

Wenn wir uns schließlich fragen, worin eigentlich dann die Politik der KPTsch. besteht, so bleibt wirklich nichts übrig als die Russlandpropaganda, Fünfjahrplan in 4 Jahren und Stimmungsmache gegen den französischen Block, während früher mehr auf England geschimpft wurde. Muß man sich dann wundern, wenn die Arbeiter zu den Nazis, Sozis oder zu Neurath überlaufen? Wenn sie jede Politik für Unsinn halten und für ein Butterbrot ruhig — und zu Hause bleiben? Und wenn die Bourgeoisie immer kecker wird? Das revolutionäre Proletariat der Tschechoslowakei wird darangehen müssen, eine kommunistische, marxistische Arbeiterpartei neu zu schaffen.

Aus der Wirtschaft

Preise und Löhne

In sozialdemokratischem Blickfeld. — Wie die Gewerkschaften die Arbeiter verhöhnen.

Der bekannte sozialdemokratische Statistiker Dr. I. Kuczynski — der seiner Objektivität wegen von der SPD.- und Gewerkschaftspresse wenig zitiert wird — unterzieht die Löhne der Metallarbeiter einer Untersuchung und kommt zu dem Resultat, daß sie bezüglich ihrer Kaufkraft gegen die Vorkriegszeit seit September d. J. recht beträchtlich gesunken sind. Kuczynski legt seinen Untersuchungen die Annahme zugrunde, daß 65 Proz. aller Metallarbeiter gelernte und 35 Proz. ungelernte Arbeiter sind, gibt die über die Tarife gewährten Zuschläge drauf, zieht dann den Durchschnitt und kommt zu folgenden Wochenlöhnen:

1913	32,15 M.	1927	47,70 M.
1924	32,50 M.	1928	51,30 M.
1925	41,90 M.	1929	50,80 M.
1926	43,15 M.	Sept. 1930	49,— M.

Von diesen Zahlen zieht K. Steuern und Versicherungsbeiträge ab und — immer im Gesamtdurchschnitt — die Einbuße durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und zählt die Unterstützung hinzu. Es kommen dann folgende, wirklich in Mark gezahlten Wochenlöhne heraus:

1913	29,35 M.	1927	40,55 M.
1924	24,65 M.	1928	43,85 M.
1925	36,75 M.	1929	42,— M.
1926	32,35 M.	Sept. 1930	34,85 M.

Kuczynski rechnet dann die Löhne in Kaufkraft um, wobei er den von ihm wie von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften als falsch erkannten Index — weil es einen anderen nicht gibt — zugrundelegt, d. h. gegen 1913 eine Teuerung um 46 Proz. annimmt. Die Reallöhne sehen dann so aus:

1913	29,35 M.	1927	27,40 M.
1924	19,30 M.	1928	28,90 M.
1925	26,30 M.	1929	27,30 M.
1926	22,90 M.	Sept. 1930	23,70 M.

Die Senkung des Reallohnes beträgt nach dieser Berechnung somit gegen die Vorkriegszeit fast 25 Proz. Die Berechnung bezieht sich aber auf den September dieses Jahres. Zwischen September und Dezember aber liegt der Lohnabbau! Nimmt man einen Lohnabbau von 8 Proz. an und eine Preissenkung von 2 Proz., so liegen heute die Metallarbeiterlöhne um rund 30 Proz. unter denen der Vorkriegszeit! Man muß hier noch in Betracht ziehen, daß die Metallarbeiter die höchstbezahlte Arbeiterkategorie sind. Die Durchschnittslöhne des Gesamtproletariats liegen noch tiefer.

Wir entnehmen die Tabellen der Metallarbeiter-Zeitung, die sie sehr gut glossiert und auf das grenzenlose Elend der Arbeiter, wenigstens der Metallarbeiter, hinweist. Die MZ. muß wohl die Gewerkschaftsmitglieder kennen, um nicht befürchten zu müssen, daß ihnen beim Lesen ein Licht aufgeht über den Wert der Gewerkschaften. Um ganz sicher zu gehen, sind die Ziffern, wie das ganze Blatt, in einen radikalen Phrasenschwall gehüllt. Und die Schlüsse, die die MZ. aus den Ziffern zieht:

„Die freien Gewerkschaften haben das menschenmögliche (!?) getan, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren . . . **Wir wußten es, daß der Kapitalismus heute nur noch von immer verschärfter Ausbeutung der Arbeiskraft lebt;** wir wußten, daß hier die wahre Triebkraft seiner immer wiederholten Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter zu suchen ist, gleichgültig, welche Begründung er im einzelnen Fall anführt. Angriffe, die von beiden Seiten her erfolgen: **durch Niederdrückung des Lohnes und durch Verteuerung der Lebensunterhalts,** trotz allem Gerede über Preisabbau. Aber daß er darum schon so verheerend gewirkt hat, das hatten wir selbst nicht gedacht."

Und so die Schuld auf die schlechten Organisationen, um zum Schluß die Schuld auf die Schiedssprüche und die Schuld abzuwälzen. Das ist also eine ganz glatte Bankrotterklärung der Gewerkschaften durch die Gewerkschaften selbst. Die MZ. stellt wie nicht anders zu erwarten, die Verhältnisse auf den Kopf. Die Gewerkschaften sind nicht deshalb aktionsunfähig, weil sie nicht genügend die Arbeiter erfaßt haben, sondern die Arbeiter sind aus den Gewerkschaften gelaufen bzw. hören ihnen nicht an, weil die Gewerkschaften aktionsunfähig sind infolge ihrer Struktur, ihres Verhältnisses zum kapitalistischen Staat und zum Kapitalismus. Es gibt Beispiele aus den letzten Jahren genug und gerade aus dem Berliner Metallarbeiterstreik, daß es gerade die Unorganisierten bzw. die Nichtgewerkschaftsmitglieder sind, die zum Kampf rufen, während die Gewerkschaftsdisziplinierten bremsen. Die letzte Tabelle zeigt, daß fast der ganze Lohnverlust erst nach 1928 eingetreten ist. Um fast ein Drittel des Lohnes in 2 Jahren einzubüßen, dazu braucht man keine Gewerkschaften. Das begreift der Dümmste. Und im übrigen gingen die ganzen Errungenschaften der Revolution verloren als die Gewerkschaften mit 12 Millionen Mitgliedern protzten, in den ersten Nachkriegsjahren, als fast alle organisationsfähigen Arbeiter in den Gewerkschaften waren.

Wie wäre der ebenbeendete Abwehrkampf der Berliner Metallarbeiter abgelaufen, wenn die Gewerkschaften die Krafterzeugung und den Verkehr stillgelegt hätten? Wenn die gesamten 4—5 Millionen Mitglieder der Gewerkschaften als eine einzige Phalanx aufgebaut worden wären? Der Rest der Arbeiter hätte hinter ihnen bestanden! Wäre es dem Kapital dann noch eingefallen, auch nur noch ein einziges Wort vom Lohnabbau zu reden?

Wir hören schon den Gewerkschaftsfunktionär: Man kann doch nicht . . . Ja, „man kann" schon. Wir entsinnen uns doch, daß die Gewerkschaften dies einmal taten. Damals, als die sozialdemokratische Regierung und mit ihr alle Bonzen ausgerückt waren aus Berlin nach Weimar, wo im Stadttheater den Proleten im Reich Theater vorgemacht wurde. Ja, das war auch was anderes . . . damals stand die Existenz der Bonzen auf dem Spiel, und jetzt nur die der Beitragszahler, die gerade gut genug sind zum Zahlen, zum Steigbügel in die 100 000 Pfründen.

Das heute die Gewerkschaften die Löhne einer nach der andern Gruppe abbauen lassen, ohne auch nur Miene zu machen, die Arbeiter zur Solidarität aufzurufen, das beweist nur zu deutlich, daß der Feldzug des Kapitals im Interesse der Gewerkschaftsbesitzer liegt.

Die jetzt geltenden Wochensätze der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung

	Lohnklasse	Lohn- wöchentl. verdient in Mk.	Die Unterstützungssätze betragen für: Hauptunterstützungs-Empfänger zuschlagsberechtigte Angehörige: keine	1	2	3	4	5 und mehr
Versicherungsunterstützung bei mehr als 52 Wochen Anwartschaftsdauer	1	bis 10	6.—	6.40	6.40	6.40	6.40	6.40 Mark
	2	über 10 bis 14	7.80	8.40	9.—	9.60	9.60	9.60 „
	3	über 14 bis 18	8.80	9.60	10.40	11.20	12.—	12.— „
	4	über 18 bis 24	9.90	10.95	12.—	13.05	14.10	15.15 „
	5	über 24 bis 30	10.80	12.15	13.50	14.85	16.20	17.55 „
	6	über 30 bis 36	13.20	14.85	16.50	18.15	19.80	21.45 „
	7	über 36 bis 42	14.65	16.60	18.50	20.50	22.45	24.40 „
	8	über 42 bis 48	15.75	18.—	20.25	22.50	24.75	27.— „
	9	über 48 bis 54	17.85	20.40	22.95	25.50	28.05	30.60 „
	10	über 54 bis 60	19.95	22.80	25.65	28.50	31.35	34.20 „
	11	über 60	22.05	25.20	28.35	31.50	34.65	37.80 „
Versicherungsunterstützung bei 26 bis 52 Wochen Anwartschaftsdauer	1—6	wie oben						
	7		13.20	14.85	16.50	18.15	19.80	21.45 „
	8		14.65	16.60	18.55	20.50	22.45	24.40 „
	9/10		15.75	18.—	20.25	22.50	24.75	27.— „
	11		17.85	20.40	22.95	25.50	28.05	30.60 „
Saisonarbeiter während berufsüblicher Arbeitslosigkeit	1—6	wie oben						
	7		13.20	14.85	16.50	18.15	19.80	21.45 „
	8/9		14.65	16.60	18.55	20.50	22.45	24.40 „
	10/11		15.75	18.—	20.25	22.50	24.75	27.— „
Krisenunterstützung ab 3. 11. 1930	1—4	wie oben						
	5		9.90	von 1—5 wie oben				
	6		9.90	12.15	13.50	14.85	16.20	17.55 „
	7/8		10.80	14.85	16.50	18.15	19.80	21.45 „
	9—11		13.20	16.60	18.55	20.50	22.45	24.40 „

Die Tabelle für die Krisenfürsorge zeigt die Regelsätze an. Sie werden durch die Anrechnung eines Teils des Einkommens der Angehörigen und des Unterstützten (Gelegenheitsarbeit) noch weiter gekürzt. Anrechnungsfrei ist der Verdienst eines Angehörigen bis zu 20.— Mark pro Woche. Bei Angehörigen, die der Unterstützte unterhalten muß, erhöht sich die Freigrenze auf 30.— Mark pro Woche. Gelegenheitsverdienst des Unterstützten wird voll angerechnet, soweit der Verdienst 20 Prozent der wöchentlichen Gesamtunterstützung übersteigt.

Krisenhaftes aus USA.

Wie sehr die Wirtschaftskrise den amerikanischen Kapitalismus schüttelt, das deutet eine Untersuchung der National City Bank in New York an, die für 275 industrielle Unternehmungen mit einem Kapital von 11 158 324 000 Dollar die Reingewinne berechnete und sie denen von 1929 gegenüberstellte. Wir führen hier einige Gruppen an:

Industriegruppe	Reingewinn im ersten Quartal in 1000 Dollar 1930	1929	
Petroleum	34 736	47 727	—21
Kohlenbergbau	555	1 895	—70
Kupferminen	1 811	3 923	—54
U.-S.-Steel Co.	67 905	96 011	—97
andere Stahlgesellschaften	40 676	55 012	—26
General Motors	98 355	151 860	—35
andere Autoindustrie	16 198	48 860	—67
Autozubehör	28 227	49 208	—43
Elektroindustrie	45 552	49 998	—15
Maschinenbau	17 592	18 796	— 6

Der Gesamtrückgang beträgt für das erste Vierteljahr 1930 gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 rund 24 Prozent. Trotz steigender Weltbevölkerungszahl ein Viertel weniger verbraucht, das ist die Bahn des Kapitalismus! Die Ursache? Die Technik setzt die Industrie instand, den Bedarf der Menschheit mit immer weniger Arbeitskräften herzustellen. Die übrigen Menschen aufs Pflaster und schreien nach Käufer aus. Und so muß die Produktion eingeschränkt werden. Gibt es eine verrücktere Wirtschaftsordnung? Gerade die Mittel, die der Menschheit ihr Los erleichtern, sie zur höchsten Kultur, zu Wohlstand und Glück bringen könnten, wirft das Proletariat, den Erzeuger aller Güter, ins Unglück.

Aus der Bewegung

Weihnachts

Wahrheit oder Terror!

Am Donnerstag, den 27. Nov. 1930 hatte die IAH. — die bekannte Nebenorganisation der KPD. — zu einer öffentlichen Versammlung die Weißenfelser Einwohnerschaft eingeladen unter der großen Zugparole: „Die Enzyklopädie der 48 Saboteure und die Wahrheit über Sowjet-Rußland".

Als Referentin trat auf die Rußland-Delegierte Lea Gundermann-Berlin. Diese Genossin der KPD. hielt in dem üblichen Prophetenton ihre Ausführungen über die Ihre Meinung nach im Eilzugstempo sich entwickelnde sozialistische Aufbauarbeit in Sowjetrußland. Sie sprach von den so oft gehörten sozialen „Errungenschaften", die sich auswirken in vierwöchentlichen Urlaub jedes Erwerbstätigen, die Möglichkeiten des Besuches der Sanatorien in der Krim; weiter über die von ihr mit eigenen Augen gesehenen Neuerstehungen ganzer neuer Häuserstädteblocks längs der von ihr befahrenen Eisenbahnlinie. Und in diesem Sinne war sie um so beredter über Sowjetrußland, und ihre letzten Worte klangen in der üblichen, dem Sinn der ganzen Veranstaltung kennzeichnenden Aufruf aus: „Tretet ein in die KPD., werdet Mitglied der IAH. Dadurch stärkt ihr schützt ihr Sowjetrußland." Dann streifte sie noch das Vorgehen der „Sowjet"-Regierung gegen die 48 Saboteure und deren angeblich sabotierende Tätigkeit in der Industrie.

Nach den Ausführungen der Referentin wurde zur öffentlichen Diskussion und Vorlegung von Fragen aufgefordert, unter spezieller Betonung an Gegner und Andersdenkenden. Ein Genosse der KAPD. nahm das Wort und begann seine Ausführungen damit, daß er versuchen werde, auf Grund von authentischem vorliegenden Material der kommunistischen und mit ihr befreundeten Presse beweisen werde, daß die Dinge wohl etwas anders liegen, als wie die Wochenbesucher Sowjet-Rußlands die Dinge versuchen vor der breiten Oeffentlichkeit immer wieder zu schildern. Als erstes berief er sich auf das Hauptorgan der Russischen Gewerkschaften, die Trud, die allerdings in einer Nummer feststellte, daß man in einzelnen Geschäften von Arbeiter-Bezirken in Moskau schon abends beginnt sich anzustellen, um am anderen Morgen seine Markenartikel zu erhalten. Eine Inspektion des Moskauer Handelskommissariats hat dabei ergeben, daß es in 20 Tier, keine Kartoffeln und keinen Kohl in sehr vielen Geschäften überhaupt nicht gab, daß in den Fabriken, um eine Mittagsmahlzeit einzunehmen, durch das Anstellen vor den Kantinen die Arbeiter einen riesigen Ausfall an der Produktionsleistung erleiden. Weiter, daß der Präsident der Freunde Sowjetrußlands in Frankreich namens Panait Istrati nach einer Einladung der russischen Regierung an der bolschewistischen 10-Jahrfeier teilnahm und danach als überzeugter Bolschewist 16 Monate Rußland bereiste. Seine dortigen Eindrücke hat er in verschiedenen Büchern festgelegt, aus denen unserer Genosse verschiedene Feststellungen brachte über die auch in Rußland bestehende furchtbare Wohnungsnot. Wurde unser Genosse schon bei der Verlesung dieser Tatsachen aus der sowjetrussischen Presse ab und zu von riesigen Tumultszenen unterbrochen, steigerte sich das immer mehr im Verlauf seiner weiteren Ausführungen. Unser Genosse stellte fest, wie es möglich sei, daß in den heutigen Betrieben „Sowjet"-rußlands noch in der Bezahlung der Arbeiter, die ja ihre Ware Arbeitskraft genau nach den ökonomisch-kapitalistischen Grundsätzen wie die Proletarier aller kapitalistischen Staaten verkaufen müssen — von den Repressalien Instanzen und Bürokraten in 24 verschiedenen Lohnstufen eingeteilt sind und somit schon die Klassenunterschiede innerhalb des Proletariats nicht beseitigen, sondern verschärfen. Insofern, als diese Erscheinungen niemals oder Wer gar klassenlosen Gesellschaft und zum Kommunismus sind, sondern im Gegenteil neue Klassen schafft, verbunden mit Kriecher- und Speichelleckertum. Nun mehrt setzte ein derartiger Tumult ein, der in der Hauptsache organisiert war von den anwesenden Reichsbanner- und Führeraspiranten der KPD. unter Zuhilfenahme der Antifaschistischen Jugendgarde, die unseren Genossen nunmehr tätlich am Weitersprechen hinderten.

Im nun einsetzenden Schlußwort eines anwesenden Mitgliedes des Landes-Ausschusses der IAH. versuchte derselbe in ganz demagogischer Form die Situation für die KPD. zu retten. Man spürte aus seinen Worten so richtig heraus, wie er an das Denkunvermögen der Massen appellierte und nun einfach die Dinge auf den Kopf zu stellen versuchte. Die von unserem Genossen verlesenen Kritiken der eigenen Presse leugnete er zwar nicht ab, versuchte aber all diese Erscheinungen eben auf die Sabotagearbeit der „Industriepartei" abzuwälzen. Auf die Frage der Lohnspanne, die er nicht berührte und die nochmals von einem anderen Genossen aufgeworfen wurde, ging er nunmehr gar nicht mehr ein und versuchte die Dinge einfach so hinzustellen, als ob die Ingenieure und Spezialarbeiter, die nicht in der Komm. Partei Rußlands seien, auf Grund des Mangels an Spezialkräften, von der Regierung höhere Löhne forderten und so die Regierung zwingen zur höheren Bezahlung, daß dieselben aber von sämtlichen Vergünstigungen der übrigen Arbeiterschaft ausgeschaltet seien.

Alles in allem zeigte es sich, daß man, nur gestützt auf unwahre Behauptungen und Lügen, die weiße Weste rein erhalten konnte und daß auf der anderen Seite nur durch den vom Proletariat entgegengebrachten Mangel an Interesse, solchen Leuten noch die Möglichkeit zur Aufziehung solch bewußt gefälschter Geschichtsentwicklung gibt. Hoffen wir, daß das revolutionäre Proletariat recht bald beginnt, alle Fata Morganas abzustreifen und bewußt sich der realen Wirklichkeit zuwendet, seine Denkungsweise schärft und begreifen lernt, daß die notwendigste augenblickliche Aufgabe des gesamten internationalen Proletariats sein muß: Bruch mit allen reformistischen Gedankengängen und Organisationen, Schaffung revolutionärer Betriebsorganisationen und vermittels dieser zusammengeschlossenen Stoßkraft den endgültigen Sturz der bestehenden Gesellschaft durchzuführen.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Achtung!

Die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" ist an folgenden Zeitungsständen erhältlich:

WEDDING: Nettelbeckplatz
Lindowerstr., Ecke Müllerstr.
Reinickendorferstr. (zwischen Weddingstr. u. Wiesenstr.)
Invalidenstr., Ecke Ackerstr.
SÜDEN: Moritzplatz (bei Schuhgeschäft Tack)
Blücherplatz (Belle Alliancebrücke am Droschkenstand)
SÜDOSTEN: Pücklerstr., Ecke Wrangelstr.
Reichenbergerstr., Ecke Marianenstr.
Dresdnerstr., Ecke Admiralstr.
NEUKÖLLN: Bahnhof Hermannstr., am Eingang
OSTEN: Frankfurter Allee (Bahnbrücke)
Neue Bahnhofstr., Ecke Weserstr.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz-Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Jordonstr. Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 50 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, Dezember 1930.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark bzw. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Wieder Krieg

Inf. Inst. Soc. Geschiedenis Amsterdam

Die deutsche Wirtschaftskrise verschärft sich von Tag zu Tag. Die Lage des deutschen Kapitals wird immer verzweifelter. Die Arbeitslosigkeit steigert sich täglich. Schacht, welcher von der Bourgeoisie als ein besonderer Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands angesprochen wird, hält diese Erwerbslosigkeit nicht für eine konjunkturelle, sondern für eine strukturelle Erscheinung. Nach seiner Meinung ist die Arbeitslosigkeit eine Dauerarbeitslosigkeit. Sie liegt in der Ueberspannung des Wachsens der Produktivkräfte und in der Schwierigkeit, neue Absatzmärkte und Anlagegelegenheiten für das Kapital zu schaffen. Selbst das Institut für Konjunkturforschung erklärt, daß „der gegenwärtige Konjunkturrückschlag in der Welt, sowohl wie in Deutschland, von einer in der modernen Wirtschaftsentwicklung kaum jemals erlebten Schwere ist". Nach seiner Schätzung ist die Arbeitslosigkeit in der Welt auf 15 bis 16 Millionen gestiegen, also im letzten Halbjahr um vier bis sieben Millionen. Besonders stark ist die Krise in Deutschland. Nach den neuesten Berechnungen des ADGB. waren Ende Oktober 1930 24 Proz. aller Gewerkschaftmitglieder beschäftigungslos, 14,8 standen in Kurzarbeit. Es waren somit beinahe 40 Proz. der organisierten Arbeiterschaft auf ein Hungervereinkommen gesetzt. Dabei waren einzelne Branchen noch weit über den Durchschnitt von der Krise betroffen. Die Bauarbeiter aller Branchen sind zu 50 Proz. arbeitslos. In der Textilindustrie gibt es sogar Zweige, in denen die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit 65 Proz. aller Beschäftigten umfaßt. Die Holzarbeiter waren Ende Oktober zu 36 Proz. arbeitslos, die Glasarbeiter zu 30 Proz., die Metallarbeiter zu 24 Proz., verkürzt arbeiteten Metallarbeiter zu 24 Proz., Porzellanarbeiter zu 27 Proz., Schuhmacher zu 47 Proz. Der ADGB. rechnet für Januar und Februar mit einer Arbeitslosigkeit von 4,5 Millionen. Ein sehr großer Teil wird ohne Arbeitslosenunterstützung sein oder nur eine geringe Unterstützung bekommen. Praktisch bedeutet dies, daß angesichts ein Sechstel der Arbeiter und Angestellten bei Kurzarbeit Arbeitslosigkeit aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet ist. Dabei ist noch keineswegs die Zahl der Kurzarbeiter berechnet.

Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung ist die deutsche Industrie augenblicklich nur zu 53 Proz. ihrer Stunden und nur zu 59 Proz. ihrer Platzkapazität beschäftigt. Die industrielle Produktion liegt um rund ein Viertel, auf unwahre Behauptungen und Lügen, die weiße Weste rein erhalten konnte und daß auf der anderen Seite nur durch den vom Proletariat entgegengebrachten Mangel an Interesse, solchen Leuten noch die Möglichkeit zur Aufziehung solch bewußt gefälschter Geschichtsentwicklung gibt. Hoffen wir, daß das revolutionäre Proletariat recht bald beginnt, alle Fata Morganas abzustreifen und bewußt sich der realen Wirklichkeit zuwendet, seine Denkungsweise schärft und begreifen lernt, daß die notwendigste augenblickliche Aufgabe des gesamten internationalen Proletariats sein muß: Bruch mit allen reformistischen Gedankengängen und Organisationen, Schaffung revolutionärer Betriebsorganisationen und vermittels dieser zusammengeschlossenen Stoßkraft den endgültigen Sturz der bestehenden Gesellschaft durchzuführen.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Achtung!

Die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" ist an folgenden Zeitungsständen erhältlich:

WEDDING: Nettelbeckplatz
Lindowerstr., Ecke Müllerstr.
Reinickendorferstr. (zwischen Weddingstr. u. Wiesenstr.)
Invalidenstr., Ecke Ackerstr.
SÜDEN: Moritzplatz (bei Schuhgeschäft Tack)
Blücherplatz (Belle Alliancebrücke am Droschkenstand)
SÜDOSTEN: Pücklerstr., Ecke Wrangelstr.
Reichenbergerstr., Ecke Marianenstr.
Dresdnerstr., Ecke Admiralstr.
NEUKÖLLN: Bahnhof Hermannstr., am Eingang
OSTEN: Frankfurter Allee (Bahnbrücke)
Neue Bahnhofstr., Ecke Weserstr.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz-Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Jordonstr. Berlin O 17.

Die Krise ist das deutsche Kapital deswegen besonders stark betroffen, weil es gleichzeitig behindert ist, seinen politischen Verpflichtungen auf Grund des verlorenen Weltkrieges nachzukommen. Es strebt daher eine Revision des Youngplanes an. Gegen diese Abänderung sträuben sich wieder die Gläubigerstaaten, insbesondere das amerikanische und französische Kapital. Diese Staaten sind aber auch gleichzeitig die wichtigsten Exporteure von Kapital. Bisher hat die deutsche Wirtschaft sich auf Grund der Kapitalausfuhr dieser Länder nach der Stabilisierung der Währung zu seiner jetzigen Höhe entwickeln können. Infolge des Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie auf Abbau ihrer Verpflichtungen ist fast ein vollständiger Rückgang der Kapitaleinfuhr eingetreten. Darüber hinaus hat auch noch eine Zurückziehung der gegebenen kurzfristigen Kredite stattgefunden und es droht noch ein weiterer Abzug von Krediten. Dadurch wird die Lage der deutschen Wirtschaft außerordentlich kritisch. Ein erheblicher Einbruch der Währung steht bevor, wenn es dem deutschen Kapital nicht gelingt, seinen Haushalt zu stabilisieren und seinen Verpflichtungen aus dem Youngplan nachzukommen.

Auf der andern Seite verschärfen sich in Deutschland die Klassengegensätze bis zu einer nie gesehenen Höhe. Die deutsche Bourgeoisie weiß aus den Schwierigkeiten keinen andern Ausweg als eine gewaltsame Revision des Versailler Vertrages. Schacht verkündet ganz offen, wir brauchen Absatzmärkte, auf der bisherigen Basis ist ihr eine Verschärfung der Wirtschaftskrise zu erwarten. Der Stoß richtet sich selbstverständlich gegen den schwächsten Gegner, gegen das Land, bei dem der geringste Widerstand und auch die größte Aussicht auf Erfolg besteht. Die deutsche Bourgeoisie hat immer auch noch zu Lobreden des „pazifistischen" Außenministers Stresemann auf einer Revision der polnischen Grenzen gestanden. Dem Westlocarno wollte er kein Ostlocarno folgen lassen. Der Terror der polnischen Bourgeoisie gegen die deutsche Minderheit kommt dem deutschen Kapital außerordentlich gelegen, um einen nationalistischen Rummel zu entfachen. Entsetzt schreit die sozialdemokratische Presse: „Brandstifter an der Arbeit. Eine Woge des nationalistischen Wahnsinns rollt durch Deutschland." Aengstlich erklärt der Vorwärts: „Wird diesem Treiben nicht von innen Einhalt getan, so wird es über kurz oder lang zu einem neuen Kriege führen und angesichts der veränderten Kräfteverhältnisse zum physischen Untergang des deutschen Volkes." In Anbetracht dieser Situation verlangt der Vorwärts von der Reichsregierung, daß sie „eine nationale Politik" treibt, die das Gegenteil der nationalistischen Politik ist. Diese Politik definiert er als Politik der Selbsterhaltung der Nation. Dabei muß festgestellt werden, daß gerade die Sozialdemokratie diese nationalistische Politik erst ermöglicht hat, indem sie für die Notverordnung der Regierung Brüning stimmte. Der vernünftige Außenminister Curtius erklärte ausdrücklich, daß gerade durch die Notverordnung die Grundlage für eine aktive Außenpolitik geschaffen werden kann. Er sagte wörtlich: „Ich habe wiederholt meiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß dieses große Sanierungswerk die wesentliche Voraussetzung für jede erfolgreiche Außenpolitik überhaupt bildet." Im auswärtigen Ausschuß sind Entschließungen angenommen, durch die bewußt auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Polen hingearbeitet wird. Die wichtigsten Anträge der Nationalsozialisten sind angenommen. Die Protestnote der Reichsregierung an den Völkerbund ist in versachlichter Form nochmals unterstrichen worden. Die Regierung ist aufgefordert, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel zu benutzen, damit Polen gezwungen wird, von dem jetzigen Kurs Abstand zu nehmen. Die Regierung ist ferner ersucht, die Ratifikation des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens nicht zu vollziehen, trotzdem bereits durch den Reichstag diesem Abkommen zugestimmt worden ist. Es sollten auch alle Verhandlungen mit Polen zum Abschluß eines Handelsvertrages abgebrochen und damit der schon seit Beendigung des Krieges bestehende Zollkrieg weitergeführt werden. Dieser Beschluß stellt eine bewußte Unterstützung des landwirtschaftlichen Kapitals dar, das auf diese Weise gegen die Einfuhr von billigen polnischen und landwirtschaftlichen Produkten geschützt werden soll. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, die deutsche Vertretung beim vorbereitenden Abrüstungsausschuß aus Genf sofort zurückzuberufen und nur einen Deputierter dort zu belassen. Inzwischen gehen die Rüstungen gegen Polen weiter. Die Reichsregierung hat auf das Drängen der Nationalsozialisten hin erklärt, daß die Reichsregierung alle notwendigen Vorbereitungen treffe, um die deutschen Interessen zu schützen. Blitzschell wurde die Situation durch die Ausbebung des Feldlagers der Sturmabteilungen der Nationalsozialisten auf dem Rittergut des Herrn von Oelzen in Jäschkowitz erleichtet. Die Festgenommenen wurden sämtlich entlassen, weil kein dringender Tatverdacht besteht. „Der Angriff", das Berliner Organ der Nationalsozialisten schreibt dazu: „In der Provinz Schlesien ist sich die Bevölkerung bis weit in Linkskreise einig darüber, daß man fest zusammenstehen müsse, um gegebenenfalls polnischen Angriffen entgegentreten zu können. Von den örtlichen Landesbehörden und auch einigen vernünftigpolitisch eingestellten Reichsstellen, wird diese Notwendigkeit gleichfalls eingesehen und demgemäß mit einer gewissen Sympathie beobachtet." Zu der Ausbebung des Feldlagers bemerkt die Zeitung weiter: „Ob der Ausbebung des Feldlagers bemerkt die Zeitung weiter, daß sich die genannten Reichsstellen kaum die Eigenmacht, daß sich die genannten Reichsstellen kaum die Eigenmächtigkeit des Herrn Severing gefallen lassen würden. Dabei droht sie ganz offen mit Enthüllungen, falls Herr Severing sich noch einmal erlauben sollte, etwas gegen diesen faschistischen Aufmarsch zu unternehmen. Selbst die linksgerichtete Volkszeitung muß diesen Aufmarsch zugeben. Sie schreibt wörtlich: „Aus dem deutschen Oberschlesien liegen bereits bedenkliche Anzeichen vor, daß Arbeiterorganisationen mit dem Wege sind, in die große nationale Abwehrfront miteinzuschwenken." Dieses Zugeständnis beweist am besten, wie erfolgreich schon der Nationalismus erfolgreich mit seiner Kriegspsychose gewirkt hat. Es ist selbstverständlich, daß die Millionen Arbeitslosen, welche nichts zu verlieren haben, durch einen neuen Krieg eine Verbesserung ihrer Existenz erhoffen. Krieg gibt wieder Arbeit. Die Rüstungsindustrie blüht. Millionen werden in den bunten Rock gesteckt und von Staatswegen ernährt, allerdings mit der Aussicht auch dafür den Heldentod sterben zu dürfen. Für die Bourgeoisie ist dieser Nationalismus die beste Ablenkung vom Klassenkampf. Die Sozialdemokratie rückt geschlossen in die Nationalfront ein. Sie heult mit den Wölfen. Die nationale Stimmung zwingt sie, eine faschistische Idee nach der anderen

Die unsäglichen Hungerarmee

3 762 000 Arbeitslose am 1. Dezember.

Der neueste Bericht der Reichsanstalt liegt vor. Nach diesem Bericht ist die Zahl der Erwerbslosen abermals gestiegen, und zwar in der zweiten Novemberhälfte um 204 000 auf 3 762 000.

In der Arbeitslosenversicherung wurden 1 788 000 unterstützt, und in der Krisenfürsorge 566 000. Die Zunahme in den beiden letzten Novemberwochen beträgt hier 127 000 Personen. Im vorigen Jahre betrug am 30. November die Zahl der Erwerbslosen 2 101 000. Es ist also gegenüber diesem Jahre eine Ueberlagerung von rund 1 600 000. Ein Zeichen für die Stärke der Krise.

Der Zustrom neuer Erwerbsloser in der Berichtszeit betrug 5,7 Prozent. Im vorigen Jahr betrug der Zustrom 14,2 Prozent, ging aber von einem niedrigeren Stand der Arbeitslosigkeit aus.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in den von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen die Niedergang anhält. Lediglich bei einigen Industrien haben sich leichte Besserungserscheinungen bemerkbar gemacht, die jedoch nur von der Saison beeinflußt werden.

Die vierte bis viereinhalbe Million dürften am Ende dieses Jahres erreicht sein.